

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetze finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührens-Einwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 22

Sonnabend, den 30. Mai 1925

29. Jahrgang

P F I N G S T E N

Als das Fest der Freude und des Rechts auf Freude feiert die Menschheit das Pfingstfest. Es ist das Fest der Natur, das Fest des Wühlens und Wachsens und damit das Fest des Lebens. Es ist herausgewachsen aus dem engen Gedanken, den es in den Jahrhunderten hatte, und doch nähert es sich in seinem praktischen Sinne für uns wieder der Idee, die das Letzte und Tiefste jener Erzählung ist, von der uns die Pfingstgeschichte der Evangelien berichtet.

Auch jene kleine Gemeinde, von der die alte Geschichte berichtet, war begeistert wie wir. Auch jenen schlichten Menschen war das Herz weit und groß, wie uns in der Pfingstfestfreude. Doch auch sie drängte diese Fülle des Herzens zur Tat. Nur die Tat gibt großem Gefühle Befreiung. Und wie jene Männer des Volkes hingingen in alle Welt, um allen zu kündigen, wozu sie selber erfüllt waren, so hat auch dann das Pfingstfest für uns erst seinen großen lebendigen Wert, wenn der Pfingstgeist sich umsetzt in Tat. Begeisterung an der Natur Schönheit und Freude am Dasein für die zwei Feiertage ist egoistisch, wenn es bei der Begeisterung und Freude bleibt. Die Tat muß folgen, die Tat, getragen von der Begeisterung und Freude des Festes, damit das Fest seine soziale Weihe und seinen praktischen Gemeinschaftswert bekommt.

„Gehet hin in alle Welt!“ Das Fest der Freude ist das Fest der Agitation. Kämpft, daß die Welt die Welt der Freude ist! Die Welt soll Pfingsten sein! Aus dem Volke heraus! Durch Kampf! Durch die aufbegehrende Masse! Rüttelt die Masse! Er-

obert die Masse! Agitiert! Und laßt diese agitatorische Tat erfüllt sein von begeistertem Pfingstfestglauben! So erobert die Freude die Welt.

„Gehet hin in alle Welt!“ So begann eine Geschichte, die zwei Jahrtausende erfüllt hat. Begeisterung trieb die Bewegung, als sie jung war. Doch die Begeisterung schwand. Die Bewegung wurde alt. Die Bewegung wurde Erstarrung, weil die Bewegung nicht mehr den Weg ins praktische, lebendige, pulsierende, vorwärtsstrebende, soziale Leben fand. Weil sie sich auf die Kanzeln beschränkte und auf die Bestühle. Weil sie sich nicht aus der Wurzel des Daseins, dem wirtschaftlichen Leben heraus, ihren Gedanken ergwang. Weil sie den Kampf für solches soziale Ziel des Lebens schwächlich mied.

Wir haben zu erfüllen, was alte Bewegungen in ihrer Jugend gesucht haben. Immer neu kommt Pfingsten. Immer neu ist die Zeit. Immer neu sind die Ziele, in denen der Pfingstgedanke seine Befreiung finden soll. Wir leben im Heute und nicht vor 2000 Jahren, und dieses Heute hat seine Aufgabe und seinen Pfingstgeist. Dieses Heute ruft in seiner Art: Gehet hin in alle Welt!

Wir verstehen den Ruf. Wir verstehen die Zeit aus unserer eigenen ganzen Not heraus. Wir wollen soziale Freiheit, damit wir Menschen sind. In der sozialen Gestaltung des Lebens liegt die Wurzel zur Pfingstfestfreude. Kämpft gegen den Trondienst des Kapitalismus, und euer ganzes Leben wird Pfingsten sein!

Sieh auf, der du noch traurig bist,
von hanger Not beklommen;
es lebt ein neuer Geist, der ist
erlösend uns gekommen.
Sieh auf und blide um dich her,
der du dich wählst verlassen;
er überbrückte Meer um Meer
und geht durch alle Gassen.

In jede Kammer tritt er ein
mit freundlicher Gebärde:
O Mensch, du sollst kein Dulder sein
auf dieser schönen Erde!
Was willst du, fern von Lust und Licht,
dein Haupt verzweifelnd neigen?
Siehst du die bunten Blüten nicht
schwer hängen an den Zweigen?

Sieh, wie es drängt, sieh, wie es treibt
rastlos zu neuen Zielen!
Weh dir, der in dem Dunkel bleibt,
wo ruhmlos Sklaven stelen!
Weh dir, der du dich sorgst und müßt
und nichts die Brust dir weitet,
der du den neuen Geist nicht siehst,
der aus dem Staube leitet!

Sieh um dich her, sieh um dich her!
Denn du bist nicht verlassen.
Er überbrückte Meer um Meer
und geht durch alle Gassen.
In keinem Orte steht er stumm,
allüberall auf Erden
klingt hell sein Evangelium:
Wir wollen Menschen werden!

Vom Verbandstag.

Im freundlich geschmückten Saale des Volkshauses in Weimar trat am Montag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr der 10. Verbandstag zusammen, nachdem bereits am 17. Mai die Fachgruppen-Tagung der Steinmetze, Plasterer und Kammereisenarbeiter abgehandelt hatten. Ueber diese Tagung wurde bereits berichtet.

Auf der Gesamtagung sind 90 Vertreter anwesend. Davon sind 62 Delegierte, 5 Vorstandsvorstände, der Redakteur, der Vorsitzende des Verbandsausschusses, der Obmann der Revisionen, der zugleich die Kommission vertritt, der Vertreter der Steinbildhauer im unbeschäftigten Verbandsverband. Ferner 13 Gauleiter. Der VDB ist durch den Kollegen A. Knohl, dem früheren langjährigen Vorsitzenden der Steinmetze und Berufsgenossen, vertreten. Vom Ausland: Die Kollegen Schöndorfer-Holland, Reich-Ingarn, Kolb-Fürch, Martel-Belgien. Die letzteren beiden nahmen erst am 21. Mai an den Verhandlungen teil, weil am 24. Mai die Internationale Kommission in Leipzig zusammentrat, um unter anderem die Vorarbeiten für die Ausführung der Beschlüsse des Internationalen Steinmetzertagungsgesetzes zu erledigen.

Das Lokalkomitee der Weimarer Zahlstelle, vertreten durch den Kollegen Thiel, hat sich außerordentliche Mühe gegeben, um den Delegierten die Tage in Weimar möglichst angenehm zu gestalten.

Kollege Winkler eröffnet den Verbandstag und heißt die Delegierten aufs herzlichste willkommen. Einen besonderen Gruß widmet er den Steinmetzkollegen, die seit einem Jahr mit dem Steinmetzverband organisatorisch verbunden sind. Der Zusammenschluß der beiden Organisationen ist von großem Vorteil für beide Verbände gewesen. Nach dreijähriger praktischer Arbeit in nun Rechenhaft abzulegen über Tun und Lassen, und die Lehre für die Zukunft zu ziehen. Kollege Winkler erinnert an den Geist von Weimar. Von hier aus wurde dem deutschen Volk die republikanische Verfassung gegeben. Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl jedoch zeigt, daß das deutsche Volk noch nicht begriffen hat, die Republik auszubauen. Das beste Schutzmittel der Republik sind starke Arbeiterorganisationen. Nachdem wir die politische Demokratie errungen haben, heißt es nun auch die wirtschaftliche Demokratie zu erringen. Das ganze Leben steht im Banne der Wirtschaft. Mit dieser Einsicht muß die Erkenntnis verbunden sein, daß sich die Gewerkschaften nicht überlegen haben. Unsere Aufgabe muß sein, mehr als bisher uns mit wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen. Um aber die äußeren Aufgaben bewältigen zu können, heißt es zuerst die inneren lösen. Die Inflationschäden sind wettzumachen. Unser Verband hat noch ein großes Rekrutierungsfeld vor sich. So wollen wir denn arbeiten, daß wir ein starkes Glied im VDB und in der Internationale werden. Möge daher unser Verbandstag zum Wohle des Verbandes und der gesamten Arbeiterschaft ausfallen.

Ins Präsidium werden dann als Vorsitzende die Kollegen Winkler und Eisner, zu Schriftführern Schmitt-Magen, Kaulen-Berlin, Schönbach-Demitz, Mau-Stettin gewählt. In die Mandatsprüfungskommission: Hasold-Nürnberg, Knopp-Köln, Hottig-Kothen, Fuchs-Kappelrodek, Schlieher-Dresden, Ziemann-München, Friedl-Königsbrunn. In

die Statutenberatungskommission: Gärtner-Striegau, Stapel-Hannover, Schuster-Demitz, Fiedler-Gera, Sigler-Wunsiedel, Schulz-Heidingsfeld, Schaar-Breitenborn, Weidenhammer-Hemsbach, Leonhard-Welebsen. In die Wahlvorbereitungskommission: Kehl-Frankfurt a. M., Schröder-Hamburg, Wagner-Kamenz, Horn-Wildemann, Müd-Mannheim, Kunze-Mittweida, Wolf-Langensalza, Bringmann-Bielefeld, Kolakowski-Berlin. Als Tagungszeit wurde festgelegt: 8-12 und 2-6 Uhr. Die übliche Geschäftsordnung mit 10 Minuten Redezeit in der Debatte.

Der Vorsitzende bringt dann einige Glückwunschschriften und Telegramme zur Kenntnis. Vom Weimarer Ortsauschuß des VDB richtet dann Genosse Friedrich an den Verbandstag Begrüßungsworte; berichtet über die Kulturstadt und über den Geist von Weimar und über das Organisationsleben der örtlichen Arbeiterschaft. Nur wo gegenseitiges Vertrauen herrscht, kann große zielbewußte gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden. In diesem Sinne möge der Verbandstag tätig sein.

Die Vertreter der holländischen und ungarischen Kollegen betonen in ihren beifällig aufgenommenen Begrüßungsworten, daß sie gern der Einladung zu diesem Verbandstag gefolgt sind. Sie machen Ausführungen über das Organisationsleben ihrer Verbände. Auch sie wünschen dem Verbandstag für seine Arbeit bestes Gelingen. Winkler dankt den beiden Kollegen für ihre informativischen Ausführungen.

Der Vorstandsvorsitzende gibt dann seinen beifällig aufgenommenen Bericht. Zuerst werden von ihm die Gründe angeführt, warum der im vorigen Jahre fällige Verbandstag verschoben werden mußte. Mit Schuld trage die Inflation. Ueber die geleistete Arbeit des Verbandes in den letzten Jahren kann sich Winkler kurz fassen, da ein 120seitiger gedruckter Geschäftsbericht vorliegt. Der Verband habe alle ihm zur Verfügung stehende Mittel benutzt, um die Lage der Kollegen zu verbessern. Die alte gewerkschaftliche Parole, mit wenig Mitteln das größtmögliche zu erreichen, wirkte sich in den letzten Jahren zwangsläufig aus. Der Rassenfonds muß sich wieder heben. Nur durch starke Kassen und eine große Mitgliederzahl kann das Unternehmertum im Schach gehalten werden. 1923 zählte der Verband 63 000 Mitglieder. Durch die Inflation wurden dann 20 000 Mitglieder hinweggeschwemmt. Anfang 1924 hatte der Verband nur noch eine Mitgliederstärke von 42 000. Zur Zeit kann der Verband wieder in seinen Reihen ca. 54 000 Mitglieder zählen. Weiter bespricht Kollege Winkler dann mit den Anträgen der Zahlstellen zum Geschäftsbericht. Das Unterstützungsweien soll ausgebaut werden. Ein stark ausgebautes Unterstützungsweien schwächt keineswegs den Kampfscharakter des Verbandes. Auch das verjagende Mitglied ist mit Schuld, wenn die Leistungsfähigkeit des Verbandes nicht die war, wie sie hätte sein sollen. Das Mitglied muß stärker mit dem Verbandsleben ver wachsen. Längere Ausführungen wendet der Vorstandsvorsitzende dem gespannten Verhältnis, das zwischen dem Steinmetzverband und dem Bauwerksbund besteht. Der Bauwerksbund sucht in den Organisationsbereich des Zentralverbandes der Steinmetze einzudringen. Die selbstherrlich Erweiterung der Grenzen des Bauwerksbundes können wir nicht billigen. Das Steinmetzergewerbe hat nur sehr wenig Berührungspunkte mit

dem Bauwerksbund. Die Verhandlungen der beiden Verbände über ihre Zuständigkeitsbereiche haben zu keiner Verständigung geführt. Der Bauwerksbund glaubt das Selbstbestimmungsrecht der Verbände nicht achten zu müssen. Das Schiedsgericht, dem der Streitfall unterbreitet wurde, wird über diesen Streitfall erst dann endgültig entscheiden, wenn der im Herbst stattfindende Gewerkschaftskongress über das neue Gewerkschaftsrecht endgültig entschieden hat. Zu dem neuen Statut, das dieser Verbandstag zu beschließen hat, äußert sich Kollege Winkler dahin, daß man sich im Statut auf die zunächst erreichbaren Ziele zu beschränken habe. Nur so könne man sich vor Enttäuschungen wahren.

Der Kollege Linke als Fachgruppenleiter der Steinmetzgruppe gibt einleitend seiner Freude Ausdruck, daß die Steinmetze und Steinsetzer zum ersten Mal gemeinsamen tagen können. Kollege Linke schildert einleitend die Vorgeschichte und Ursachen der Verschmelzung der Steinmetze mit dem Steinmetzverband. Jahrelang wurde die Verschmelzungsfrage theoretisiert. Der Verbandsrat der Steinmetze in Gera Mai 1923 hatte die Verschmelzungsfrage grundsätzlich entschieden. Bei der Urabstimmung haben sich 2/3 für die Verschmelzung mit dem Steinmetzverband erklärt. Der Disziplin der Mitglieder ist es zu danken, daß die Verschmelzung fast reibungslos vollzogen wurde. Der Bauwerksbund konnte es nicht unterlassen, auch seine Treiber auf die Steinmetze auszudehnen. Doch seine Zersplitterungsarbeit hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die einjährige Erfahrung der Verschmelzung ist für den Verband außerordentlich zufriedenstellend. Die gemeinsamen Lohn- und Tarifabschlüsse können ebenfalls als zufriedenstellend bezeichnet werden. Es ist gelungen, den Wühltag aufrecht zu erhalten. Kollege Linke kommt dann auch auf die technische Umwälzung, die sich im Straßenbau vollzogen hat, zu sprechen und meint, daß die volkswirtschaftlichen Auswirkungen für die Zukunft noch nicht abzusehen sind. Die Organisation der Steinmetze muß eine „flüssige“ sein, da die Steinmetze meist ländliche Wanderarbeiter sind. Es ist unser Wunsch, daß die Zahlstellen der Steinmetze aufrechterhalten bleiben. Auch in Zukunft müssen Steinmetze und Steinarbeiter in getreuer Waffenbrüderlichkeit zusammenarbeiten.

Kollege Linke gibt dann noch einen kurzen Ueberblick über die Arbeiten der am Vortage stattgefundenen Fachgruppenkonferenz und bringt die dort gefaßten Entschlüsse dem Verbandstage zur Kenntnis. (Siehe Bericht in Nr. 21.)

Anschließend berichtet Kollege Wunderlich als Tarifreferent über die Lohnbewegungen, sowie über das Tarif- und Schlichtungswesen. Ausgehend von dem immer rasenderen einsetzenden Währungsverfall, der die Gewerkschaften zu überaus harter, aber nicht lohnender Arbeit zwang. Besonders die beiden letzten Jahre hatten Zustände in der Bewertung der Arbeitskraft geschaffen, die jede Existenzmöglichkeit unterbanden. Eine gesunde Sozialpolitik und aktive Lohnpolitik ist dringendes Erfordernis. Von diesen Gesichtspunkten aus hat sich auch die Zentralleitung während der Berichtsjahre leiten lassen. Die Kämpfe um die materielle Besserstellung hatten denn auch während der Berichtszeit einen riesigen Umfang angenommen. Allein im Jahre 1923 haben insgesamt 4450 örtliche und bezirkliche Abschlüsse stattgefunden. Alle diese Bewegungen vermochten trotz aller angewandten Mittel den weiteren Verfall der Löhne nicht aufzuhalten. Eine Gesundung in der Lohnpolitik trat erst nach der Stabilisierung der Währung im Novem. er 1923 ein. Den Uebergang zu den Goldmarktlöhnen benutzten allerdings die Unternehmer zu weiterer Senkung der Löhne, wobei ihnen die übergroße Arbeitslosigkeit und die Leere der Gewerkschaftskassen zu Hilfe kam. Seit dieser Zeit datiert aber auch der Aufstieg der Löhne. Die Erfolge seit dieser Zeit lassen sich deutlich aus der Aufstellung über die Durchschnittslöhne im Geschäftsbericht, sowie der vorliegenden Tabellen ersehen. Gemessen an dem Reichsindex, der allerdings für uns aus bekannten Gründen nicht maßgebend ist, sind die Friedenslöhne erreicht, ja überschritten. Doch mit dem Friedensreallohne hat es teilweise noch einen Haken. Die weitere Erhöhung des Lohnanteils am Fertigprodukt wird weiter die vornehmste Aufgabe bleiben, zumal heute feststeht, daß die Differenz zwischen wirklichem Lohn und Verkaufspreis des Fertigprodukts bedeutend größer ist als früher. Die Steigerung der Löhne bedingt aber gleichzeitig eine Veränderung der Verhandlungsmethoden. Die Zusammentragung des dazu notwendigen Materials muß mit allem Eifer betrieben werden, da die Kenntnis dieser Unterlagen auch entscheidend für die weitere Ausgestaltung unserer Reichsarbeitsverträge ist. Der planmäßige Weiterausbau der Reichstarife konnte leider seit Beendigung der Inflationszeit nicht in der wünschenswerten Weise betrieben werden, trotzdem kann behauptet werden, daß wir trotz der behördlichen Forderung der Wühltagverordnung und der Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften unsere sozialen Errungenschaften gegen alle Bestrebungen des vereinten Unternehmertums aufrechterhalten haben. In der Arbeitsstrasse ist zwar in den beiden Reichsarbeitsverträgen für die Plasterer- und Schotterindustrie, sowie für die Wertmetalle, Glas, Email- und Wärmorindustrie ein kleines Entgegenkommen gezeigt worden, das allerdings nur sehr problematischen Wert besitzt. In der Sandsteinindustrie und in den Großstädten wurde die bisherige Arbeitszeit voll aufrechterhalten, desgleichen auch die übrigen Bestimmungen dieser Tarife. Dasselbe kann für den Reichsarbeitsvertrag für das Steinsetzergewerbe gesagt werden. Für das Gebiet des Reichslohntarifes wurden verschiedene Verbesserungen, unter anderem Erhöhung der Ferienvergütung usw. erreicht. Von zentralen Auseinandersetzungen über die Arbeitszeit wurden wir für dieses Tarifgebiet verschont.

Ein außerordentlich wichtiger Bestandteil unserer Reichstarife bilden die Schlichtungsordnungen, deren Weiterausbau im Interesse einer aktiven Lohnpolitik dringend erforderlich ist. Die tariflichen Schlichtungsstellen sind zunächst nicht so schwerfällig und außerordentlich wie sie einen gewissen moralischen Einfluß auf die streikenden Parteien. Hinzu kommt noch, daß sie nicht in derselben Weise den jeweiligen Einflüssen der politischen Strömungen ausgesetzt sind, wie die staatlichen Schlichtungsstellen. Der bekannte Erlaß der Reichsregierung vom 6. März 1923, nach dem jede Lohnbewegung zum Zweck der Marktstabilisierung abgestoppt werden sollte, legt deutlich genug, daß auf diese Zustände kein allzu großer Wert mehr gelegt werden kann, und daß ferner diese Stellen bei der Komplexität unserer, besonders der Akkordtarife, sowie der Unkenntnis der Sonderheiten unseres gesamten Berufes, nie richtig vertraut sind und demzufolge unbewußt zu falschen Entscheidungen kommen müssen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß auch die beruflichen Schlichtungsstellen nur ein Hilfsmittel in einem gewerkschaftlichen Lohnkampf darstellen, denn deren Entscheidungen spiegeln nur die Konjunktur im Gewerbe und die Macht, die wir als Organisation darstellen, wieder. Auf das Recht, den Streit als letztes und ernstes Mittel im Kampf für unsere berechtigten Forderungen anzuwenden, können wir trotz der beruflichen Schlichtungsinstanzen nicht verzichten.

In der Schaffung von einheitlichen Lehrlingsordnungen ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Für den Reichslehrlingsrat, sowie für die Gewerkschaften der sächsischen Oberlausitz und des Odenwaldes sind einheitliche Richtlinien festgelegt. Für die übrigen Reichsarbeitsverträge wurde aber jede Festlegung unter Hinweis auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung von den Unternehmern kategorisch abgelehnt. Das kommende Arbeitsrecht soll zwar nach den bisherigen Andeutungen auch eine Neuordnung des Lehrlingswesens mit sich bringen. Wir haben uns trotzdem bei den örtlichen und bezirklichen Lohnverhandlungen auf die Mitbestimmung und Mitwirkung in der Heranbildung unseres beruflichen Nachwuchses einzustellen.

Nach der Mittagspause am Montag machte der Kollege A. Knoll vom DGB dem Verbandstag Mitteilung von dem großen Explosionsunglück in Dorfeld bei Dortmund. Die Delegierten hatten sich bei den wirkungsvollen Worten zu Ehren der verunglückten Bergarbeiter erhoben. Es wurde die Absendung folgenden Telegramms beschlossen:

„Vorstand Bergarbeiterverband Bochum. Erst heute erfahren wir, daß bei der Grubentafeltruppe in Dorfeld 45 brave Bergarbeiter ums Leben gekommen sind. Wir sprechen Euch und den Hinterbliebenen zu diesem ahermaligen schweren Verlust unser herzlichstes Beileid aus. Zugleich geloben wir, den Kampf gegen die fluchwürdigen Verbrechen, zu immer weiterem Abbau des Arbeiterschutzes Schulter an Schulter mit Euch und der gesamten Arbeiterklasse nun erst recht und mit verstärkter Kraft zu führen. Verbandstag der Steinarbeiter.“

Der Verbandskassierer, Kollege Geist, verweist auf seinen schriftlichen Bericht, der gedruckt vorliegt. Es habe keinen großen Zweck, über Vergangenes zu reden und zu untersuchen, wie es anders hätte gemacht werden können; die längsten und schönsten Reden bringen das Verlorene nicht wieder; denn es waren Verhältnisse in der Verichtszeit, denen die größten Verbände nicht gewachsen waren. Nur müssen die nötigen Schlüsse aus dem Vergangenen gezogen werden. Die Kauserei um 5 Pfg. Beitrag sollten sich die Kollegen angewöhnen, dann hören zum Teil auch die Klagen auf über die Unterfertigungssätze. Sie steigen automatisch mit der Beitragssteigerung. Vom Gesamt-Markenumsatz entfielen die Beiträge von 50 Pfg. an abwärts im 3. Quartal 1924 73,61 Proz., im 4. Quartal 70,29 Proz., im 1. Quartal 1925 69,39 Proz. Die Besserung ist unverkennbar, aber im Hinblick auf die wirklichen Löhne und Akkordverdienste sehr ungenügend. Geist bespricht dann die Kassenabläufe und die Geldanlage. Im 1. Quartal wurden 148 500 Mk. an Streikunterstützung gezahlt. Die einzelnen Kampfausgaben wurden noch näher beleuchtet, ebenso die vierteljährliche Abrechnungslegung der Zahlstellen. Hin und wieder komme es noch vor, daß örtlich nicht die nötige Kontrolle über die Kassenverhältnisse stattfindet. Hier sei mit allen Mitteln eine Ausmerzungen anzustreben. Geist behandelt dann die vorliegenden Anträge zum Kassenbericht und erlaubt am Schluß, vor allen Dingen den Kampffonds zu stärken.

Der Redakteur, Kollege Siebold, gab einleitend der Hoffnung Ausdruck, daß die Redaktionsstätigkeit auf diesem Verbandstag nicht so sehr im Brennpunkt der nachfolgenden Debatte stehe wie vor drei Jahren. Was die zurückliegende Zeit für den „Steinarbeiter“, der ein wesentliches Stück des Verbandes darstelle, bedeutet habe, komme im Vorstands- und Kassenbericht plastischer zum Ausdruck und sei auch in seinem schriftlichen Redaktionsbericht, der gedruckt vorliege, nachzulesen. Die unaufhaltsame Steigerung der Auflage schreie immer von neuem sein Verantwortungsgefühl als Redakteur, im Sinne der großen gemeinschaftlichen gewerkschaftlichen Sache zu wirken und die Schulung und Erziehung im sozialistischen Gedanken zu vollziehen. Das Fundament des gewerkschaftlichen Zusammenwirkens ist die unerschütterliche Ueberzeugung von der sozialistischen Zukunft der Lohnarbeit und der Arbeit überhaupt. Und wer dieses Fundament stören wolle, müsse als Gegner behandelt und bekämpft werden. Das sei kein Grundpaß, nach dem in der Redaktion gearbeitet werde. Er bringe nun eine Serie von Beschwerden gegen die Verbandsmitglieder und örtlichen Vorstände, die sich auf die Mitarbeit und schlechte Information aus den Mitgliedskreisen beziehen (geschäftliche Vorgänge, soziale Vorkommnisse aus den großen Steinbruchgebieten, Anfallmeldungen, Betriebskonzentrationen usw.). Als Mitarbeiter wünsche er weniger druckreife Artikel, sondern aktuelle Mitteilungen, die er dann schon entsprechend verwerte. Der Berichterstatter belegt die Notwendigkeit an einzelnen Beispielen und weist die Delegierten dringend darauf hin, daß bei der Berichterstattung mit Zug und Recht in den einzelnen Orten gefaßt werden kann, daß die Beschwerden der Redaktion viel begründeter sind, als jene gegen die Redaktion. Dann behandelt der Redakteur unter Zustimmung der Delegierten seine Stellungnahme und Auffassung zu einzelnen Wirtschaftsfragen. Einfuhr der Natursteinprodukte von Schweden, Tschechoslowakei, Italien. In diese rein privatkapitalistische Kaskaderei der Steinindustrie haben wir uns nicht einzumengen wie im Jahre 1911, und der jetzige Verlauf habe seine Auflösung nur befristet. Im Interesse des Volksganzen haben etwaige berufs-egoistische Argumente seitens des Verbandes für einzelne Gruppen keine Geltung. Dann bespricht der Kollege Siebold die Anträge, die auf die Redaktion Bezug nehmen. Die 6 Anträge, die die „Schreibweise“, die „Kommunistenhefte“ und die „Neutralität“ betreffen, behandelt er gemeinsam, oft von zustimmenden Aeußerungen aus den Reihen der Delegierten unterbrochen. Er verneint dann die Frage der beantragten „Neutralität“. Der Schluß war: Tolerauz ja, aber niemals gänzlich neutral gegen die gewerkschaftschädigende Arbeit der kommunistischen Zentrale und ihrer Arbeiter. Daran ändere auch nichts die Einzelerklärung, daß kommunistisch gesinnte Kollegen in einigen Orten recht rühmig in der Gewerkschaftsbewegung sind, und die von den Methoden und Maßnahmen der kommunistischen Zentrale abriiden. Er habe, im großen gesehen, im m e r zu schreiben und zu sagen, was mit der kommunistischen Bewegung gegenüber den Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Politik los ist. Die vorliegenden 6 Anträge, die etwas anderes wollen, müssen abgelehnt werden. Die weiteren Anträge werden dann auch noch eingehend behandelt: Kostenglose Lieferung des „Steinarbeiter“ — Erweiterung des „Steinarbeiter“ — Wiedereinführung der Betriebsratsbeilage — Jugendschrift — Einführung einer technischen Beilage — Verbandskalender und Leitfaden — Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“. Redner ersucht teils um Ablehnung, teils um Ueberweisung der Anträge als Material. Redaktion und Verbandsvorstand werden im geeigneten Moment die einzelnen Wünsche zu verwirklichen suchen. Zum Schluß erlaubt der Redakteur, in der Kritik über die Redaktionsstätigkeit nicht kleinlich zu sein, sondern diese vom großen gewerkschaftlichen Kampf aus zu betrachten und vor allen Dingen ihm oder seinem Nachfolger keine „neutral“ sein sollenden Daumenschrauben anzulegen. Ohne eine gewisse Elbogenfreiheit könne in der Redaktion nichts geleistet werden.

Kollege Thomas Haug gibt dann Bericht über den tadellosen Befund der Kasse bei den regelmäßigen und unerschöpflichen Revisionen und über die geleistete Arbeit in den Vorstandssitzungen. In 87 Fällen mußten Ausschüsse wegen verbandsschädigendem Verhalten vorgenommen werden. Als Vorsitzender der Prekominmission berichtete Kollege Haug über die Beschwerden wegen abgelehnter Artikel. In allen Fällen hat in der zurückliegenden Berichtszeit sich die Prekominmission der Begründung des Redakteurs angeschlossen. Der Berichterstatter geht dann auf die „Schreibweise“ ein und machte dazu längere beachtenswerte Ausführungen. Die erfreuliche Gehung in der Arbeiterbewegung bringe auch für die Redaktionsführung eine andere Beurteilung, das sei heute bereits zu konstatieren. Als letzter Berichterstatter hat dann der Verbandsausführungsvorsitzende, Kollege Eisner, das Wort. Dem Ausschluß oblag vor allem die Erledigung von Beschwerden. Der Kollege bespricht dann die einzelnen Fälle, wie sie im gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht aufgeführt sind. Auch über den Befund bei Revisionen, die niemals zu Beanstandungen Veranlassung gegeben haben, berichtet Eisner. Er stellt zum Schluß im Auftrag der gesamten Ausschussmitglieder den Antrag, den Vorstand zu entlasten. Damit war die Berichterstattung erschöpft. Alle Berichte wurden vom Verbandstag mit Beifallstundgebungen aufgenommen.

Anschließend daran führt Kollege Prekisch-Halle beim Verbandstag Beschwerde, daß der Vertreter der kommunistischen Säch-

Arbeiterzeitung in Leipzig nicht als Berichterstatter zugelassen sei. Winkler und Siebold hätten den Berichterstatter, ohne den Verbandstag zu befragen, einfach abgewiesen, er protestiere dagegen. Kollege Knopp-Köln beantragt die Zulassung des Berichterstatters. Nachdem Winkler und Siebold sich zu der Sache geäußert, fand der Antrag nicht die nötige Unterstützung bei den Delegierten. Damit hatte sich für den Verbandstag der Fall erledigt.

Mittlerweile war es 6 Uhr abends geworden, die Verhandlungen wurden für den ersten Tag beendet.

2. Verhandlungstag.

Schleier-Dresden gibt Bericht für die Mandatsprüfungskommission. Von den Delegierten ist nicht eingetroffen Neumann-Fürstenwald. Von den Gauleitern fehlen Menges und Schwandke, beide wegen Krankheit. Kollege Kirfel-Köln ist als Vertreter Schwandkes tätig und deshalb auf dem Verbandstage anwesend. Für den ersteren, der auch als Delegierter gewählt war, ist der Kollege Briggmann-Bielefeld vom Verbandsvorstand mit dem Mandat versehen, weil er der Nachfolger war. 2 Delegierte hatten ihre Beitragsbücher vergessen, sie sind telegraphisch von ihnen angefordert worden. Die Prüfung der übrigen Bücher bei Delegierten und Angestellten in Hinblick auf die Beitragshöhe ergab beste Ordnung, nur fehlten bei 15 Delegierten die Aktstundemarken und bei einem Gauangestellten die Kampffondsmappe, was vom Verbandstag mit Hör, hört! begleitet wurde. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären. — Nachdem Kollege Walther vom Verbandsvorstand auf die schlechte Wahlbeteiligung der Zahlstellen hingewiesen hatte, wird die Gültigkeit der Mandate beschlossen, und für Neumann-Fürstenwald soll Schmidt-Eigershausen telegraphisch herbeigerufen werden. Hierauf wird in die Aussprache über die Geschäftsberichte eingetreten. Die Anträge 1 bis 38 und eine Entschließung zum Tarifwesen stehen mit zur Debatte. Als erster eröffnet den langen Reigen

Albrecht-Chemnitz. Er verweist auf die neuen Straßenprobleme. Das Steinpflaster müsse immer im Vordergrund stehen. Das Augenmerk sei auf Qualitätsarbeit zu richten, auch die Steinbruchgebiete sollten das unbedingt beachten. Es liege dies viel mit an der Entlohnung. Auch die Betriebsräte sollen nach dieser Linie im Betriebe ihre Funktion ausüben. Er schildert dann die Chemnitzer Pflasterverhältnisse und Entlohnung der Steinhauer, Kammer usw. Die am Ort gegründete Genossenschaft für das Pflasterergewerbe sei daran sehr beteiligt. Er empfiehlt die Gründung solcher Genossenschaften auch an anderen Orten. Sie sind Organe im Klassenkampf, der sich nicht wirkungslos und erfolglos betätigt im Maulausrufen und auf den Tisch schlagen.

Weidenhammer-Hemsbach. Die paar Orte, die den Antrag auf Anschluß an den Baugewerksbund gestellt haben, gehen von falschen Voraussetzungen aus. Der evtl. Anschluß bringt nach all den vorliegenden Erfahrungen auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Verbesserung. Die Zahlstelle Karlsruhe hat sogar ihren Antrag zurückgezogen. Redner geht dann des näheren auf die Schleifereiarbeitsverhältnisse ein. Vor allen Dingen muß der Bezirk Fichtelgebirge in seiner Lohnhöhe nachgezogen werden. Der Antrag für die Zustimmung des „Steinarbeiter“ den Zahlstellen die Postkosten nicht mehr anzurechnen, sollte angenommen werden, wenn auch der Redakteur den Antrag bekämpft habe.

Schuster-Demitz. Der Abschluß des Reichsarbeitsvertrags mußte bis zum Frühjahr hinausgeschoben werden. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit hat die Kollegen nicht befriedigt. Die Lehrlingsfrage müsse besser im Auge behalten werden. Der Abschluß darüber in der Oberlausitz könne als Vorbild dienen. Schuster polemisiert dann gegen den Hauptfaktierer wegen seiner Beurteilung der Zahlstellen während der Inflationszeit. Die damaligen Schwierigkeiten in den Zahlstellen dürften nicht unbeachtet bleiben. In der Frage der Qualitätsarbeit gehe er mit dem Kollegen Albrecht konform. Die Akkordarbeit in den Pflasterstein- und Schotterwerken sei fast durchweg schuld an der oft mangelhaften Lieferung aus den Werken. Der Antrag von Dortmund, der den führenden Gewerkschaftlern jede politische Funktion absprechen will, ist unverständlich und muß abgelehnt werden.

Schwartz-Böbau vertritt den Antrag seiner Zahlstelle in bezug auf Anschluß an den Baugewerksbund, obgleich er persönlich nicht dafür zu haben ist. Es ist schuld des Zentralvorstandes, daß die Löbauer Zahlstelle mit diesem Antrage wiederkommt. Auch dieser Redner geht des näheren auf die Entlohnung in der Schleifereigruppe ein und verlangt, daß im bayrischen Bezirk ernstlich an die Besserung herangegangen wird.

Wagner-Kamenz. Er stimmt Winkler zu, daß der Verbandstag jetzt weniger um das Vergangene streiten soll. Neue Wege für die Zukunft bahnen sei viel richtiger. Er macht dann über den Reichsarbeitsvertrag und die Arbeitszeit im § 4 des Vertrages längere Ausführungen. Der Antrag 1 in der Delegiertenvorlage müsse angenommen werden. In keinem Bezirk halten die Kollegen strikte am Aktstundentag fest. Das Streben nach Weiterbildung diktiert diesen Standpunkt.

Zichtner-Niederfinde schildert die Löhne aus der schlesischen Schottergruppe. Gegen den Geschäftsbericht hat er nichts einzuwenden. Trotzdem er langjähriger Leiter der Zahlstelle ist, hat die Redaktion die von ihm gewünschte Notiz nicht gebracht. — Tarifabschlüsse sollten nicht im Winter erfolgen. In den Betrieben sind die Zustände unhaltbar, wenn mehrere Organisationen dort Mitglieder haben. Im Tariflichtungswesen müssen bis zur endgültigen Regelung zwei Instanzen durchlaufen werden. Nachgeben bei den Lohnverhandlungen hat eine Grenze.

Reimold-Mühlbach begründet den Antrag 6 und ersucht den Verbandstag, dafür einzutreten, daß keine Heimarbeiter mehr in der Sandteindustrie im Mühlbacher Gebiet zur Ausführung komme. Die Unternehmer fahren die Steine dem einzelnen ins Haus, die dann auf dem Hof der betreffenden zur Bearbeitung kommen. Arbeitszeit ist dann die zehnstündige. Redner glaubt, daß die gewünschte Abstellung auf gezieltem Wege erreichbar ist.

Schmidt-Kunze polemisiert gegen Weidenhammer und dessen Beurteilung der Vorgänge im Schleifereibezirk des Fichtelgebirges. Er verweist auf eine frühere Konferenz, die den Sachverhalt geklärt habe unter der Mitwirkung derjenigen, die jetzt abhermals gegen ihn recht großes Geschick auffahren. Die Vorgänge werden von ihm eingehend dargelegt. Dann schildert er einen traurigen Fall aus Bayreuth, der die eigenartigen Methoden des dortigen Angestellten des Baugewerksbundes beleuchtet, der auf einer Arbeitsstelle veranlaßt, einen Steinarbeiter zu entlassen, der nicht im Baugewerksbund aufgenommen werden wollte, weil er bereits 28 Jahre dem Steinarbeiterverband angehört. Mit lebhaftem „Hört, hört!“ und „Wuirufen nahm der Verbandstag diese Mitteilung entgegen. In der Schleifereitreiberei sollte eine Besserung der enger Beteiligten Klärung schaffen.

Loß-Geilmann. Im Westerwald sei es schwer, den Aktstundentag einzuhalten. Seine Zahlstelle ist die einzige im dortigen Bezirk, die trotz des Zuschlags die 9. Stunde abgelehnt hat. Die Agitation darf nicht erlahmen, ein zweiter Bezirksangestellter sei dort sehr nötig. Denn viele Hunderte von Kollegen können noch gewonnen werden. Er ersucht den Verbandstag, sich die Anregung seiner Zahlstelle zu eigen zu machen.

Hortig-Kostof. Von einem Anschluß an den Baugewerksbund kann keine Rede sein. Die Schreibweise des Redakteurs findet heute eine andere Beurteilung, die Betriebsratsbeilage muß wieder kommen. Arbeitsgehalte im „Steinarbeiter“ halte er für angebracht. Der Kassierer soll sich den Zahlstellen gegenüber nicht so kleinlich zeigen, wegen ein paar Pfennigen oft große Schreiber. Mit der örtlichen Schlichtungskommission hätten die Kostof-Kollegen gute Erfahrungen gemacht. Redner schildert dann den Rostof-Streit, der bereits seit 2 Wochen erledigt ist. Wir dürfen die Hilfsarbeiter bei den örtlichen und anderen Verhandlungen nicht übersehen.

Schöder-Hamburg. Die Steinhauer sind im Zusammenarbeiten mit dem Zentralvorstand noch zu jung, um an ihm Kritik zu üben. Bisher haben wir aber keine Ursache dazu, denn wir vom Zusammenbruch erwarteten, ist voll eingetreten. Redner wendet sich gegen einzelne Anträge und befürwortet die Er-

haltung der ländlichen Steinhauer-Zahlstellen. Der Antrag 12 (Dortmund) ist ihm unverständlich; er bedauert diesem gegenüber, daß unsere Gewerkschaften sich nicht intensiver an der politischen Bewegung beteiligen. Wo es sei, besonders mit den Kommunalbehörden, haben die Steinarbeiter und Steinhauer nur Nutzen davon. Was den Kassenbericht anbetrifft, so habe der Kassierer unbegründete Angst, das Geld könne alle werden. Die Mittel müßten bereitgestellt werden zum Druck der noch fehlenden Bände über die Steinhauerbewegung. Im Prinzip solle der Verbandstag dem zustimmen, damit der Verbandsvorstand zu geeigneter Zeit den Auftrag ausführe. Dann wendet sich Schröder gegen den Antrag 28 (Kommunistenhefte). Wenn die Kommunisten sich als aufrichtige Gewerkschaftler betätigen, brauchen wir sie nicht kritisch beleuchten. Vom Redakteur sei es selbstverständlich, daß er drohende Schäden für die Gewerkschaftsbewegung abwehrt, das ist seine Hege. Er schildert seine Erfahrungen mit der KPD. im Gemeindeparlament. Auf Zuruf vom Kollegen Prekisch geht er noch eingehender darauf ein und meint, die Kommunisten locken trotz ihrer großen Worte auch nur mit Wasser und meißens sogar sehr ungeschickt. Die Vereinigung der Steinarbeiter und Steinhauer werde die Früchte zeitigen, die erwartet werden, sie tragen dazu bei, daß wir uns als Menschen auf dieser Erde bestehen können.

Kolatski-Berlin meint, daß die Delegierten sich wohl gewundert haben über die harmlosen Anträge von Berlin. Die Erfahrungen in der Arbeiterbewegung führen eben zum Siege der Vernunft. Er befürwortet den Antrag 3, der beim Uebertritt der Unionisten die Anrechnung der Beiträge verlangt. Im „Steinarbeiter“ wünsche er mögliche Neutralität gegenüber den politischen Parteien. Zum mindesten dürfe der Redakteur anders geartete Artikel nicht ablehnen, wie es gegenüber einem Kollegen von Berlin geschah, der zur Präsidentenwahl gegen den verstorbenen Ebert schrieb. Dann bespricht der Redner die vollzogene Verschmelzung und hofft, daß nunmehr in Berlin durch die Umstellung in der Angestelltenfrage die Organisation und Agitation sich gut vollziehe.

Heine-Leipzig befürwortet den Antrag, der auf die Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ Bezug nimmt. Besser wäre es, wenn alle Inserate wegfallen. Die Gründe, die den Verbandsvorstand im Vorjahre veranlaßten, den Verbandstag zu verschieben, sind beachtlich, dann meint der Redner gegenüber Kolatski, daß die Ausnahmen und Wiederaufnahme abgeleiteter Kollegen groß genug seien. Die Unionisten in Baulch und Bogen wieder aufzunehmen und dabei die früheren Rechte wieder ausleben zu lassen, gehe nicht an. Er bespricht dann die Lohn- und Akkordarbeit in der Sandteindustrie.

Knopp-Köln wendet sich gegen die Ausführungen des ungarischen Kollegen, der behaupte so gesprochen wie ein Vertreter der antibolschewistischen Liga. Die Schwierigkeiten in der Agitation sind begründet in der falschen Politik der Gewerkschaften. Der Antrag 12 werde auch von ihm abgelehnt, aber er hänge wohl zusammen mit der Zustimmung des Redakteurs zum Ermächtigungsgesetz im früheren Reichstag. Der Antrag 40 muß angenommen werden. Die Arbeiterklasse muß den verschiedenen Klassenkampf führen, darf keine Arbeitsgemeinschaftspolitik treiben. Den Höhepunkt der „Neutralität“ hat der Redakteur mit seinem Aufruf gelegentlich der Wahlen erreicht.

Stagel-Hannover. Wir müssen die bisherige Taktik und ihre Erfolge prüfen. Die Verbandsleitung hatte nicht die nötige Weitsicht, sonst hätten sich nach dem Verbandstag 1922 die dortigen Beschlüsse nicht nach Verlauf weniger Wochen überholt. Er legt scharfe Verwahrung ein gegen die Maßnahmen des Baugewerksbundes oder seiner einzelnen Funktionäre, und wenn er trotzdem für die Schaffung großer Industrieverbände eintrete, dann seien dafür andere Momente und Gründe maßgebend. Einheitsfront, größere Macht, größere Erfolge. Auf einen Zuruf, der auf den Metallarbeiterverband verweist, meint Stagel, daß die Verhältnisse im Baugewerbe ganz anders liegen wie in der Metallindustrie. Es war nicht nötig, daß in der Verbandstagsnummer des „Steinarbeiter“ der Artikel gegen die Kommunisten erschien. Wenn er auch keine Neutralität vom Redakteur verlange, so solle er aber doch die Antworten von der anderen Seite aufnehmen. Was der Tarifdezernent in seinem Bericht verlangt habe, das habe er, der Redner bereits auf dem Verbandstage 1922 verlangt.

Kunze-Mittweida wendet sich gegen die Ausführungen Wunderlich betreffs der Friedenslöhne. Der Abschluß des Reichsarbeitsvertrags war nicht glücklich, es hätte wohl eine Zeitlang ohne Tarif gearbeitet werden können. Er wünscht Beseitigung der Akkordarbeit, wodurch die Qualitätsarbeit in den Pflasterstein- und anderen Betrieben gefördert wird. Den Antrag 12 (Dortmund) müssen wir ablehnen.

Wolff-Langensalza. Die Handlungen des Baugewerksbundes schlagen der Organisationsidee, der großen deutschen Gewerkschaftsbewegung direkt ins Gesicht. Redner geht dann auf das Verhalten zureicher Kollegen, besonders der Steinbildhauer, ein. Den Antrag 12 lehnt er ab, weil unverständlich und haur. Der Abschluß des Werkzeintarifs habe keinen vorwärtsgehenden Schritt gebracht. Die Akkordarbeit müsse in allen Gruppen verschwinden, und wo es nicht so schnell gehe, mindestens 100 Prozent Lohngarantie verlangt werden. Erweiterung der Ferien ist notwendig und die Sicherung der Rechte der Lehrlinge. Ueber die Schreibweise des Redakteurs sei auch in seiner Zahlstelle gesprochen worden, er habe nichts auszusprechen und sei mit dem Redaktionsbericht zufrieden. Das Arbeitsrecht müsse noch viel mehr in seiner Gliederung in der Zeitung besprochen werden zur Schulung der Betriebsräte. Die Bauhüttenbewegung sollen wir unterstützen.

Fiedler-Gera ist mit dem Bericht des Vorsitzenden durchaus einverstanden. Der Antrag zur Erhaltung der ländlichen Zahlstellen müsse angenommen werden, er begründet die Notwendigkeit in eingehender Weise. Redner bespricht dann die einzelnen Vorgänge im Verhalten der Bauarbeiter gegen die Steinhauerkollegen. Er sei kein Freund der Verschmelzung gewesen, doch heute könne er seine Befriedigung darüber aussprechen, denn die Steinhauer hätten dieselbe Bewegungsfreiheit wie in ihrer früheren Organisation. Die Schreibweise des Redakteurs könne er nicht abfällig beurteilen. Dann ersucht er, dem Hannoverischen Antrag der Steinhauer zuzustimmen, damit in Hannover der Stein des Anstoßes beseitigt wird. Es handelt sich um nachträgliche Bewilligung von 88 Mk. Streifgeld.

Müd-Mannheim. Die Kunststeinbranche muß beim nächsten Abschluß des Werkzeintarifs berücksichtigt werden. Die Zustimmung Siebolds zum Ermächtigungsgesetz ist noch lange nicht so schlimm gewesen wie die Ueberstundenheberei von den Kollegen. Dann schildert der Redner eingehend seine Erfahrungen beim Streik der Mannheimer Steinhauer mit dem Baugewerksbund am Ort bzw. mit dessen Kassierer, wobei sich der Tagung eine Empörung bemächtigt, die in lebhaftem „Hört, hört!“ ihren Ausdruck findet. Zum Schluß meint Müd in bezug auf die Redaktionsführung: Wenn verlangt wird, daß die „Kommunistenhefte“ unterbleiben soll, müssen wir verlangen, daß die SPD-Hefte unterbleibe. Sie ist noch viel schlimmer.

Der Vorsitzende Eisner verliest dann ein Begründungsschreiben von dem früheren Verbandsvorsitzenden Paul Starke.

Prekisch-Halle. Wir wollen Richtlinien für die Zukunft festlegen. In der Verschiebung des Verbandstages sei er anderer Ansicht wie der Vorsitzende Winkler. Die Geheimdiplomatie der Verbandsvorstände hielt damals offenbar den Zeitpunkt für Abhaltung von Verbandstagen nicht geeignet. In der Inflationszeit konnte nur die intensivste Kleinarbeit die Organisation aufrechterhalten. Die Zusammenlegung des Verbandstages gibt nicht die richtige Stimmung in Mitgliederkreisen wieder. Die Stichwahlen zum Verbandstag waren viel zu kurz, um die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Jedenfalls beweisen die Anträge, zum Beispiel Antrag 7, daß die Mitglieder nicht mit allem einverstanden sind.

Sajold-Nürnberg. Mit dem Baugewerksbund haben wir in Nürnberg auch Konflikte gehabt. Redner schildert die Vorgänge. Nach seiner Meinung hätte der DGB sich mehr darum zu kümmern, evtl. müssen wir dann die Konsequenzen ziehen. — In der Akkordfrage sei der Verbandsvorstand nicht verantwortlich zu machen, sondern die Kollegen, die danach drängen. Auch die sanitären Verhältnisse liegen bei den Steinhauern wie bei den Stein-

arbeitern im argen, jetzt müssen die bestehenden Schutzbestimmungen wieder beachtet werden.

Vorsitzender Winkler stellt richtig, daß der ADGB seine Pflicht erfüllt hat und in rechtlicher Beziehung die Auffassung des Steinarbeiterverbandes teilt. Auch Knoll als Vertreter des ADGB weist auf den Irrtum hin, den einzelne Debattanten sich zuschulden kommen lassen über die Zuständigkeit des Bundesvorstandes. Er hat keine Exekutivgewalt, kann nur eingreifen, wenn Beschwerden vorliegen, und das ist in vorliegendem Falle geschehen. Für die Entscheidung des Schiedsgerichts zu warten bis nach dem Gewerkschaftskongress, könne der Bundesvorstand nicht verantwortlich gemacht werden.

Schulz-Heidingsfeld. In seinem Gebiet hat man nicht verstanden, daß durch den verbandsseitigen Amnestierlaß den alten Grubenbergern wieder auf die Verbandsreihe geholfen werden soll. Trotzdem trat er ein für die Aufnahme der Unionisten nach dem Antrage von Berlin. Der Abschluß des Werksteintarifs hat im Müschelfeldgebiet verschunep. Ferienfrage, Arbeitszeit, Garantie-lohn bei Afford. Der Hauptkassierer hat gar keinen Grund zum Klagen, auch wenn einige tausend Kollegen im Streik stehen. Der Redakteur solle im Interesse der Einigkeit die Schreibweise gegen die KPD. einstellen.

Gras-Kammelsbach hat am Bericht des Vorsitzenden nichts zu bemängeln. Von seiner Zahlstelle liegt der ominöse Antrag 28 (KPD-Hehe) vor. Der Redakteur muß das Recht haben, sich gegen die gewerkschaftlichen Anwürfe der KPD. zu wehren. Redner behandelt dann den Reichsarbeitsvertrag für die Pflasterstein- und Schotterindustrie. Die Termine in der Schlichtungsordnung müßten verkürzt werden. Die Lehrlingsfrage sei in seinem Steinbruchsgebiet zum Ausbeutungs- und Bereicherungsobjekt einzelner Zuschläger und Steinrichter geworden. Dagegen muß angeknüpft werden. Mit dem Baugewerksbund haben wir in der Pflasterstein-Berührungspunkte, bei uns würden die Bauarbeiter in der Organisationsfrage auch auf Granit stehen. Er wundert sich zum Schluß, daß eine Zahlstelle den Antrag 12 stellen konnte und bedauert es lebhaft, daß der Redakteur kein Reichstagsmandat mehr habe.

Hemm-Heidingsfeld polemisiert gegen den Arbeitsgemeinschaftsbeschluss, den Winkler propagiert habe. Ueber einen internationalen Zusammenschluß ist man in englischen Arbeiterkreisen anderer Meinung wie unser Vorsitzender. Er sei erlautet gewesen, daß im Geschäftsbericht auf das Ermäßigungsgebot hingewiesen werde. Von der Schriftleitung werde das Müschelfeldgebiet stiefmütterlich behandelt. Hemm sucht das zu beweisen aus der zurückliegenden Zeit. Mit dem geschlichen Schlichtungsausschuss haben die Kollegen im Müschelfeldgebiet sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Antrag 40 will da eine Aenderung. Die Anrufung sollte den Kollegen nicht zur Pflicht gemacht werden, sondern das solle man der Konjunktur überlassen.

Fuchs-Kappelrodek: Für die Propaganda einer politischen Richtung ist der Verbandstag nicht da. Gegen die vorjährige Verschiebung des Verbandstages hat er auch protestieren wollen, aber von der Zweidrittelmehrheit habe er sich durch den Bericht von Winkler überzeugen lassen. In der Streikfrage wünsche er mehr Bewegungsfreiheit für die Zahlstellen. Wenn wir praktische Arbeit für unsere Tarifverhandlungen wollen, dann ist der Antrag 12 unter allen Umständen abzulehnen. Der Redakteur sei viel kritisiert worden, man solle doch auch seine Arbeit würdigen, er erinnere z. B. nur an das Referat auf dem Internationalen Bauarbeiterkongress in Lugano. Er bedauere, daß S. nicht wieder als Kandidat aufgestellt sei.

Beilharz-Löwenberg: Die politische Debatte ist vom Vorstand eröffnet worden, daher muß man der anderen Seite auch die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. Er befürwortet den Antrag 12 und geht dann auf örtliche Verhältnisse und Tarifbestimmungen ein. Als Lohngarantie muß mindestens 100 Prozent festgelegt werden im kommenden Werksteintarif.

Sigler-Munstedel. Für die Schleifereigruppe hat eine Besprechung stattgefunden, wodurch die Differenzen mit Schmidt ausgeglichen werden konnten. Durch das tarifliche Abkommen für die Schleiferei am 25. Mai 1924 wurde uns der Achtstundentag indirekt genommen. Nunmehr hat der Kollege Schmidt darin einen Ausgleich geschaffen durch Zuschlag auf die neunte Stunde. Die Streikunterstützung muß auf eine annehmbare Höhe gebracht werden, damit unsere Forderungen, vor allen Erhaltung des Achtstundentages, verwirklicht werden können. Der Verband soll Kampfesorganisation bleiben und keine Unterstützungsvereinigung. Streik- und Reiseunterstützung, weiter nichts. Redner bespricht dann die Klauheit der Steinbildhauer und führt dafür einige Beispiele an.

Lohan-Dornreidenbach. Zum Ausbau der Organisation gehört zweierlei: Geld und Einigkeit. Der Tarif für die Pflasterstein- und Schotterindustrie ist sehr verbesserungsfähig. Er schildert den Schwachen Streik und begründet dann einen Antrag, daß im September d. J. eine Konferenz der Pflaster- und Schotterarbeiter stattfindet. Es hat ihm nicht gefallen, daß der Berichterstatter der Sächsischen Arbeiter-Zeitung hier nicht zugelassen wurde. Der Redakteur soll die Kollegen in der politischen Richtung gleichmäßig behandeln. Innerhalb des Verbandes sind dies nur Gewerkschaftler, der politische Kampf muß unterbleiben.

Bauer-Tröstau schildert die zurechtstellende Tätigkeit des Kollegen Schmidt als Gauleiter. Das Nischelgebirge hat volles Vertrauen zu seinem Vertreter. Für die Jugendlichen müsse vom Verband etwas getan werden, damit sie später in der Organisation und in der allgemeinen Arbeiterbewegung tätig sein können.

Ziemann-München: Ueber die Verschiebung des Verbandstages hätte eine Urabstimmung entscheiden müssen und nicht die Verbandsleitung. In München haben wir es verstanden, die abgewandten Kollegen wiederzuholen. Der Kampfcharakter des Verbandes muß gewahrt bleiben. Die beiden Internationalen müssen zusammenkommen. Der Antrag 12 sei ihm unverständlich. Hier sei viel vom Neunstundentag gesprochen worden. Alle unsere Tarife sehen den Achtstundentag vor, die Kollegen sollen das doch nicht übersehen. Die Affordarbeit muß verschwinden, wenigstens sollte sie solange verweigert werden, bis die 100prozentige Lohngarantie vorliegt. Dann ermahnt der Redner den Redakteur, dazu beizutragen, daß die Gegenläufe nicht noch schärfer werden in der Kollegschaft. Die nötige Elbogenfreiheit zur Redaktionsarbeit muß der Schriftleiter haben.

Senft-Liegnitz: Jeder Tarif entspricht den organisatorischen Verhältnissen im Tarifgebiet; er widerlegt die Darlegungen des Kollegen Fichtner und belegt das mit Beispielen am Lohn und der Beitragsleistung. Schildert auch die Bemühungen, um die Lohnfrage im schlesischen Bergbau zu erfüllen zu bringen. Die kommunistische Zeitung in Schlesien hat ihn in einer erbärmlichen Weise angegriffen. In der Tätigkeit Wunderlich sieht er nicht die reiflose Erfüllung, die nach seiner Meinung das Tarifdezerat bringen sollte. Der § 1 des Vorstandsantrags müsse in der früheren Fassung beibehalten werden. Senft begründet ausführlich die Notwendigkeit. Das Ziel sei immer weiter zu stellen, ohne daß man vorher sagen könne, wann diese Ziele ausstehen.

Kiebert-Bürgstadt hat am Tätigkeitsbericht des Vorstandes nichts auszuheben, wohl aber am Reichstarif für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorbranche. Der Achtstundentag müsse in jeder Situation hochgehalten werden. Die Streikunterstützung ist auf alle Fälle zu erhöhen.

Leonhard-Abelstein: In der Agitation muß mehr gesehen. Ein Gauleiter sollte von Halle nach Rassel oder Wittingen versetzt werden. Der Abschluß des KAW. befriedigt nicht, besonders ist es der § 4 über die Arbeitszeit, den die Unternehmer für sich ausnützen. Der Tarif muß unbedingt geändert werden.

Horn-Wildemann verbreitet sich ebenfalls über den KAW. Die Geschäftsfrage ist glänzend. Der Abschluß übereilt. Freie Hand wäre tatfächlich klüger gewesen. Ganz klug war es nicht, als Siebold auf den Artikel von Schlegel sofort einen andern anhängte mit seiner persönlichen Unterschrift. Die Unternehmer nützen das weidlich aus. Solange die Lohnfrage im Satz nicht erledigt ist, lehnen alle Kollegen die 9. Stunde ab.

Eggert-Grünten geht auf die Grenzreitigkeiten in seinem Gebiet ein. Hier ist es der Fabrikarbeiterverband, der unsere Arbeit erschwert. Wir dürfen uns als Kalkarbeiter von dem kommenden Rahmenvertrag in der Kalkindustrie nicht ausschalten lassen. Redner befürwortet den Antrag 33 (Zustellung des Steinarbeiters). Dann protestiert Eggert gegen den Inhalt der Broschüre eines Dr. Wolf, der die Ungefährlichkeit des Kalkstaubes auf die Atmungsorgane in dieser Broschüre darlegt. Es wäre würdigerwert, wenn die Redaktion des Steinarbeiter dazu Stellung nimmt.

Verf. Winkler: Ohne dem Redakteur vorgreifen zu wollen, müßte er doch sagen, daß gegen wissenschaftliche Ergebnisse nicht anzukommen ist. Die Kalkarbeiter in unserm Verbands haben keine Ursache, sich vernachlässigt zu fühlen. Winkler schildert dann die Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband, die zu keinem Resultat geführt haben und geht auf den dortigen Zustand in der Organisationsfrage, weil lokale andre, direkt berufsfremde Organisationen, sich gegenseitig die Mitglieder abjagen. Die Arbeiter dort könnten mit einem Schlage der Sache ein Ende machen, wenn sie sich kurzherab entscheiden würden, welcher Organisation sie ange-schlossen sein wollen.

Schmitt-Mayen. Mit der unfairen Agitationsweise des Baugewerksbundes hat auch er trübe Erfahrungen gemacht. Die Art und Weise ging aus von dem Bezirksleiter und Reichstagsabgeordneten Hüttmann, Frankfurt a. M. Der neben dem Angestellten Otto-Morburg sich nicht scheute, in eine unserer Zahlstellen einzudringen, die 180 Mitglieder zählte. Der Ablaufstermin des KAW. darf beim nächsten Abschluß nicht wieder in den Winter fallen. Der Achtstundentag wird von den Kollegen selbst durchbrochen. Dafür sei der Verbandsvorstand nicht verantwortlich. Auch um die Betriebsvertretungen kümmern sich viele Orte nicht.

Schönbach-Demitz: Die Betriebsräte werden viel zu wenig gemündigt nicht nur von den Kollegen, sondern auch im Verband. Im Vorstandsbericht ist von ihnen an keiner Stelle die Rede, obgleich sie für die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betriebe verantwortlich sind. Der Verband solle sich dieser Sache viel mehr annehmen. Redner kritisiert den Abschluß des KAW. und den Artikel Siebolds dazu. Ueber die Inflation, sagt Redner, es sei ein schlechtes Zeugnis gewesen, daß alle Arbeiterinstitutionen eine solche schwere finanzielle Schlappe erlitten haben. Den Antrag 28 (Kommunistenhebe) lehne er ab. Der Redakteur müsse Aufklärung über dieses oder jenes bringen. Die großen Zahlstellengebiete müssen vom Verband auch besser besucht werden.

Schmitt-Zinhain ist mit dem Geschäftsbericht einverstanden. Er begrüßt, daß für die Betriebsräte wieder eine besondere Beilage in der Zeitung kommen soll. Die Schreibweise des Redakteurs gefalle ihm und auch den Kollegen. Die Kritiker möchten die Zeitung nur richtig lesen, Aufklärung und Schulung ist aus dem „Steinarbeiter“ genügend zu schöpfen. Schmitt begründet die Notwendigkeit eines zweiten Bezirksleiters für den Westerwald. Der Verband solle auch mehr tun auf dem Gebiet des Bildungswesens.

3. Verhandlungstag.

Braun-Köln: Die Zustände im Kalkgebiet sind noch schlimmer, wie sie Kollege Eggert geschildert hat; es ist ratsam, mit dem Fabrikarbeiterverband ein Kartellverhältnis zu schaffen. Die Mehrzahl der Kalkarbeiter gehört als Steinbrecher und Steinbruchsarbeiter in unsern Verband; Eisenarbeiter sind höchstens 5 Prozent der Beschäftigten, diese kämen für den Fabrikarbeiterverband in Betracht. Es ist dringend notwendig, daß der Verbandsvorstand in dem Kalkgebiet Versammlungen veranstaltet. Wenn der Antrag Dortmund angenommen würde, dürften überhaupt keine Verhandlungen mit den Arbeitgebern mehr stattfinden.

Lenz-Gummersbach: Das Erfreulichste am Geschäftsbericht ist die Stabilisierung des Verbandes. Der Mitgliederzuwachs ist Zeugnis vom Zusammengehörigkeitsgefühl in der Arbeiterschaft. Der Mitgliederzuwachs war im Westen am stärksten, doch ist bereits Besserung zu spüren. Der KAW. befriedigt die Kollegen nicht mehr. Eine Kündigung ist notwendig. Der Kampf um den Naturstein muß mit aller Energie geführt werden. Was die Verbandspreise anbelangt, so muß der Redakteur sich rühren können. Mit der Zeit, wenn die Gesundung in der Arbeiterbewegung fortgeschritten, wird auch dies unliebsame Kapitel geschlossen werden können. Allerdings ist das Verhalten der KPD. nicht darauf gerichtet, daß unter der Zerplitterung ein Strich gemacht werden kann. Er erinnere an die Wirksamkeit der KPDisten in Remscheid beim Metallarbeiterverband.

Kirfel-Köln wendet sich gegen die Anträge 2 und 12, beide sind unnötig. Die Debatte habe gezeigt, daß Steinleger und Steinarbeiter nicht nur organisatorisch, sondern eng beruflich zusammenhängen. Der Baugewerksbund sollte zunächst seine Agitation im Tiefbaugewerbe einstellen, da hat er noch genug zu tun. Soweit der politische Einfluß in Frage steht, wolle er nur sagen, daß es bei den Gewerkschaften weniger auf die theoretischen Auseinandersetzungen als auf den praktischen Wert der einzelnen Forderungen ankomme. Man solle also nicht Opposition um der Opposition willen treiben, sondern nur im Interesse der Verbesserung der Lebenslage der Kollegen. Gegenläufe werden immer bestehen, durch sie wird, wie die Naturwissenschaft uns gelehrt hat, Kraft und Energie erzeugt.

Beutler-Leipzig: Die Steinbildhauer sind wirklich ein Schmerzenskind, das kommt von dem Bruchliegen der Arbeitsmöglichkeit. Die Zahlstellen des Verbandes müssen sich der verstreut arbeitenden Bildhauer annehmen. Die Berufslage ist erschreckend gewesen bis vor ganz kurzer Zeit. Jetzt scheint es damit etwas besser werden zu wollen. Er befürwortet den Antrag 137, der dieser Spezialgruppe auf dem nächsten Verbandstage Sitz und Stimme geben will.

Der Vorsitzende Eisner gibt bekannt, daß Preßsch und Genossen folgenden Antrag eingebracht haben, der mit zur Debatte steht:

„Der Verbandstag beschließt, daß eine Delegation von sechs Mann zu wählen ist, von denen zwei Drittel sowjetfeindliche Kollegen sind, zur Prüfung der gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rußland.“

Reh-Frankfurt a. M.: Von der Notwendigkeit, den vor-jährig fällig gewordenen Verbandstag zu verschieben, hat er sich jetzt überzeugt. Auch in der Verschmelzungsfrage mit dem Baugewerksbund bin ich von einem Saulus zum Paulus geworden. Die Agitation von Frankfurt nach auswärts erfolge bereits in einem Auto mit sechs Sitzen beim dortigen Baugewerksbund. Unsere Kollegen würden dafür kein Verständnis haben. Im Westerwald fehlt eine zweite angestellte Kraft, die das ungeheure Anwachsen der Pflastersteinbetriebe für unsere Organisation genügend ausnützen könnte. Mit der Redaktionsführung des Kollegen Siebold ist die Frankfurter Zahlstelle durchaus einverstanden; gewünscht wird dringend, daß die Betriebsbeilage wieder zur Einführung kommt. Betreffs der Steinbildhauer schließe er sich den Ausführungen des Vorredners an. Ueber die Frankfurter Bildhauerhältnisse ließe sich noch manches anführen. Was den Reichsarbeitsvertrag anlangt, so stellen sich die Kritiker ein Armutzeugnis aus über die neunte Stunde.

Schwarz-Breitenborn: Für die Arbeitgeber ist die Verlängerung der Arbeitszeit eine Prinzipienfrage. Meine Zahlstelle läßt daran nicht rütteln. Er schildert die Schwierigkeiten, um die Lohnzahlungsperioden abzukürzen. Ferner müsse darauf gedrungen werden, daß in den Schotterbetrieben durch Vereinfachung die Staubentwicklung gemindert wird. Auch im ober-schlesischen Gebiet werden Basaltausflüsse gemacht, neue Betriebe entstehen, deshalb solle agitatorisch mehr geleistet werden. Den Antrag, nach Rußland eine Kommission zu schicken, bittet er anzunehmen.

Schleicher-Dresden: Die Mehrzahl der Redner hat sich erfreulicherweise mit dem Geschäftsbericht des Vorstandes einverstanden erklärt. Von einem Anschluß an den Baugewerksbund kann keine Rede sein. Die Debatte darüber ist wirklich überflüssig. — Die Kollegen sind zum Teil Anhänger der Affordarbeit. Wir haben auf Grund unserer guten Organisation im Elblandsteingebiet den Werksteintarif gut bessern können, 100 Prozent Lohngarantie und 25 Prozent Zuschlag für die neunte Stunde. Die Reaktions-tätigkeit findet keine Zustimmung. Wie man heute noch gegen Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ sein kann, ist ihm ein Rätsel. Denn immer und immer werde in der Zeitung darauf hingewiesen, wie beim Arbeitswechsel gehandelt werden soll.

Kotira-Breslau: Infolge der Schreibweise Siebolds kam es in Breslau einmal zur Beitragsperre. Eine Besserung ist eingetreten. Eine Lehrlingsordnung ist sehr notwendig. In Schlesien wird der Achtstundentag hochgehalten, das möchte auch in Süddeutschland so gemacht werden. Er tritt für die Beibehaltung der ländlichen Zahlstellen ein.

Werner-Strehlen: Mit den Stundenlöhnen stehen Bayern und Schlesien an letzter Stelle im Verband. Leider hat man in Schlesien mehr Augenmerk gerichtet auf die Affordlöhne als auf die Stundenlöhne. Bei schlechter Konjunktur wird uns der Tarifpassus 2 in § 13 schädigen. Der KAW. muß gekündigt werden.

Kiaulehn-Berlin ersucht um Annahme des Antrages 3. Durch die Erleichterungen in der Aufnahme sind allein in Berlin 150 Kollegen mit allen Rechten aufgenommen worden. — Durch die schlechte Gesteinsmateriallieferung durch die Steinbruchsunternehmer wurde die Natursteinpflasterung in Berlin sehr geschädigt und zurückgedrängt. Die Haltung des Kollegen Kozakowski gegen die separaten Versammlungen der Steinleger in Berlin ist unklar, aber er hat keinen Grund, hier von Jopfigkeit zu reden. Die anderen Branchen in der Steinindustrie halten doch auch ihre eigenen Versammlungen ab und wenn deshalb die Steinleger einen Zopf haben sollen, dann ist der der anderen Steinarbeiter bedeutend älter.

Sarfert-Karlsruhe: Ueber das Verhältnis zum Baugewerksbund werden wir noch öfter reden müssen, trotz der Unlieb-samkeit, mit der wir das als aufrichtige Gewerkschaftler nicht ohne Gründe tun. Er geht dann auf einzelne Vorkommnisse in seinem Gaubezirk ein, die damit zusammenhängen und weist nach, daß die Löhne durch den KAW. durchaus nicht höher sind für die Steinarbeiter als anderwärts. Der Reichsarbeitsvertrag muß gekündigt werden, die Schlichtungsordnung dann geändert im Hinblick auf die längeren Pflaster.

Walter vom Zentralvorstand erinnert an die frühere gute Pflege der beruflichen Statistik. Die Beteiligung der Zahlstellen an der Arbeitslosen-jählung läßt alles zu wünschen übrig, nur ein Sechstel war daran zuletzt beteiligt. Die Eintrittserleichterungen sind nicht unserem Triebe entsprungen, sondern ein zwangsläufiger Beschluß anderer Verbände. Wenn einzelne Zahlstellen dem nicht nachkommen, ist das lediglich interne Sache der Orte. Die Kritik an dem Baugewerksbund ist nur zu sehr berechtigt, und wie lächerlich er sich benommen hat, beweist, daß wir die Schreibmaschine des Gauleiters Bitische durch Klage uns wiederholen müssen. Man finde keine Worte, um ein solches System zu brandmarken.

Ein Antrag, der die Pflasterstein- und Schotterarbeiter-Konferenz zur Stellungnahme der Tarifbindung des näheren umschreibt, wird vom Vorsitzenden zur Debatte gestellt.

Mau-Stettin: Das Unterstützungswesen im jetzigen Verband möchte so ausgebaut werden wie im früheren Steinlegerverband. Das Lehrlingswesen hat in Pommern großen Umfang angenommen. Große Straßenzüge werden in Pommern neu gepflastert, doch die dort arbeitenden Kollegen stehen dem Verbands fern. Seit 20 Jahren haben wir in Stettin keinen Streik mehr geführt, stehen jedoch mit den Löhnen immer an der Spitze. Das ist in erster Linie dem Kollegen Schenke zu verdanken.

Preßsch-Halle: Dem Kollegen Schröder möchte er sagen, daß die KPD-Kollegen in gewerkschaftlicher Hinsicht nicht hinter andern zurückgeblieben hätten. Er befürwortet den Antrag: Kommission nach Rußland. Wenn auch die Gegenläufe zwischen Moskau und Amsterdum schwer zu überbrücken sind, so soll doch nichts unversucht bleiben, den internationalen Zusammenschluß herbeizuführen.

Hassold-Nürnberg begründet den Antrag 172, betreffend sanitärer Einrichtungen im Straßenbaugewerbe, bepricht dann die Pflichtarbeit aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und die Arbeitszeit, die von den Kollegen sehr oft mißbraucht wird. Dann schreibe man die Schuld auf die Funktionäre.

Knoll behandelt in großen Zügen das Steinlegergewerbe und einige Vorgänge bei der Vereinigung, wo man den Kollegen Schenke etwas in den Mund gelegt habe, was durchaus nicht zutrefte. Als Verbandsmitglied interessierten ihm auch eine Reihe der vorliegenden Anträge, die er dann im einzelnen, vom großen gewerkschaftlichen Gesichtspunkte gesehen, behandelt. Ländliche Zahlstellen — Qualitätsarbeit — Einfluß in den Kommunalverwaltungen — frühere Technische Zeitschrift „Die Straße“ im Steinlegerverband. — Uebergehend zu seiner Eigenschaft als Vertreter des ADGB. behandelt Knoll die Wirtschaftspragen und warnt, mit dem Gedanken zu spielen, wegen der Grenzreitigkeiten das Verhältnis zum ADGB. zu lockern, wie es einige Delegierte getan haben. Der Bundesvorstand könne nur eingreifen, wenn er durch bestimmte Beschlüsse gebunden ist. Die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation ist und bleibt die Demokratie. An der Haltung des ADGB. sei bisher in der Debatte keine Kritik geübt worden. Dann hat Knoll das aufmerksame Ohr aller Delegierten, als er von hohen Gesichtspunkten Vergleiche zieht zwischen Deutschland und Rußland, russischer und deutscher Wirtschaft und Arbeit. Solcher „Sozialismus“ wie in Rußland könne sich in Deutschland nicht halten. Die Wirtschaft, die wir erstreben, kann sich nur auf das Bestehende aufbauen, nicht auf zerstörtes. Was die beantragte Kommission in Rußland eigentlich soll, sei Spiegelfechterelei nach all den gemachten Erfahrungen. Wenn schon eine Delegation hinfähre, dann dürfe sie nicht Dalmatier von dort nehmen, müsse vor allen Dingen selber sprachkundig sein, um sich selber eingehend zu erkundigen. Da machen die Russen aber nicht mit. Er gibt seiner Genugtuung Ausdruck, denn darin, daß im Gegenjah zu früheren Jahren keine Kritik am ADGB. erfolge, liege der Beweis des Gesundungsprozesses in der deutschen gewerkschaftlichen Bewegung. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ziemann-München, Fichtner-Niederlinda, Knopp-Köln kommen dann zum zweitenmal zum Wort, wobei Knopp unter stürmischer Heiterkeit gegen die Ausführungen Knolls polemisiert und dabei den Satz prägt: „Die Bolschewiki haben in Rußland aufgebaut, was die Menschewiki zerstört haben. Den bürgerlichen Machtapparat mußten sie natürlich zertrümmern.“

Neumann-Hamburg kritisiert die frühere Lokalorganisation der Steinleger in Hamburg, die jetzt allerdings zur Einsicht gekommen ist. Er bepricht dann die Frage Lohn und Afford, worin einige Zahlstellen in der Praxis versagen. Der Zustand, daß an einem Ort zwei Gauleiter wohnen, sei dauernd nicht aufrecht-zuerhalten.

Gorlt-Striegau nimmt Stellung gegen Fichtner in der Beurteilung der Tätigkeit des Kollegen Senft.

Kirfel-Köln klärt eine Angelegenheit, die von Knopp gegen ihn angeführt sei. Die Klärung bestätigt Knopp durch Zurück als richtig.

Senft-Liegnitz geht im einzelnen auf Fichtners Ausführungen ein. Es folgen dann die Schlussworte der Referenten. (Siebold, Geist, Wunderlich, Linke.) Das Schlusswort Winklers konnte, weil die Zeit vorgeschritten war, nicht mehr am selben Abend gehalten werden. Die Sitzung wurde auf Donnerstag vertagt.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unser Lohnkampf. Streik (Steingewinnung und -bearbeitung): In **Rehlem** (Kalkarbeiter). In **Jena**. In **Witten** (Steinmehlen und Schleifer). In **Lithographiegebiet** (Mittel- und Ostfalen). Im **Pflastersteinbezirk** (Kassel und weitere Umgebung).

Geperret. In **Detmold** Firma **Hugo Meier**. — In **Dobrilug** der Betrieb von **Koppe**. — In **Alfenz** der Betrieb **Emil Bräutigam** und in **Hochstätten** der Betrieb **Johann Schneider** (beide lassen entgegen einer Verbindlichkeitsklärung des Landesobstleiters im Afford arbeiten). — In **Bielefeld** der **Zwischenmeister Steinmehlen Hunger**. — In **Saargemünd** (**Granitwerk Schäffer**). — In **Altenburg** Firma **Gaßte** (Steinseher).

Zugzug fernhalten! Außer von den Orten, die unter **Streik** und **Sperre** genannt sind: von **Essen** (Steinmehlen und Marmorarbeiten) und **Stuttgart** und **Jena** (Steinmehlen), im **Odenwald** (Werksteingruppe) haben die Arbeitgeber den **Tarif** (30. Juni) gekündigt. Nach den von ihnen vorliegenden Anträgen sollen hauptsächlich Verschlechterungen bei den Positionen **Ferien**, **Stufen**, **Schwellen**, **Einfassungen** und **Randsteinen** eintreten; von **Oberpflaster** und **Groß-Kunstdorf** bei der Firma **Thuy** (Granitsteinmehlen, Granitschleifer, Marmorarbeiter und Bildhauer). Vorstehende drei gelten für die **Steinbearbeitung**. Im **Strassenbau** von **Wien** (Schleif), **Krefeld**, **Stendal**, **Münster** und **Umgebung**, dem sogenannten **Münsterland**.

Erledigte Bewegungen. Der Streik der Steinseher in **Wien** und **Dresden**. Der Steinmehlen in **Bremen** mit dem Erfolg: Stundenlohn 1.47 M. Nur Lohn, 44 Stunden Arbeitszeit pro Woche.

Dänemark. Infolge der großen dänischen Arbeiterausperrung wurden auch die dortigen Steinarbeiter ausgesperrt. Es ist selbstredend, daß jeder Zugzug ferngehalten ist.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserem Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluß aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, übt Solidarität!

Norden. Anschließend an unsere Bezirkslohnverhandlung am 11. Mai für Ostfriesland in Emden, in der Kollege **Grönfeld** Norden vertreten hat, wohnte **Gauleiter Kollege Göckemeyer** unserer außerordentlichen Versammlung in Norden bei. Bis auf zwei auswärts wohnende Kollegen waren alle zugegen. Der Vorsitzende, Kollege **Reuß**, gibt der Freude Ausdruck, **Göckemeyer** in Norden begrüßen zu können, der dann den Gang der Lohnverhandlung schildert. Leider waren nicht alle Arbeitgeber vertreten. In Emden Stadt und Land betrug bislang der Stundenlohn der Steinseher 9 Pf. mehr wie der Bauhandwerkerlohn in der Stadt Emden, ebenso war es in den Kreisen **Norden, Aurich, Leer, Weener** und **Wittmund**. Auf Anregung der Unternehmer, da das Landesbauamt **Aurich** sich ihnen gegenüber nicht nach unserem vereinbarten Bestandslohn, sondern nach dem **Odenburger Lohn** (Zweistufig) richtete, wurde vereinbart, daß die Stundenlöhne in **Odenburg** einheitlich für Ostfriesland maßgebend sind. Die Hilfsarbeiter erhalten den Bauhilarbeiterlohn. Im übrigen behält der Bestandslohn seine Gültigkeit. Die Versammlung stimmt der Vereinbarung zu. Alsdann hält **Göckemeyer** ein instruktives Referat über die verkehrswirtschaftlichen, deren Haltbarkeit gegenüber dem wachsenden Automobil- und Lastwagenverkehr. Er hält die Verbreiterung der Straßen für unbedingt notwendig, verurteilt die Kunststein- und Schotterdecken, ermahnt die Kollegen, keine Quantitäts-, sondern Qualitätsarbeit herzustellen und die Behörden und Bauämter immer wieder auf den haltbaren Naturstein aufmerksam zu machen. Als Straßendecke der Zukunft bezeichnet er **Kleinpflaster** sowie mittelgroßes **Reihenpflaster** mit Fugenguß auf gewalzter Schotterbahn. Kollege **Reuß** erklärt, daß im Kreis **Norden** Probefahrten mit **Bimergemischung** gemacht werden sollen. Auch mit **Kleinpflaster** seien schon Proben gemacht worden. Er hält beides für viel zu kostspielig und unter den jetzigen Verhältnissen für nicht durchführbar. Gewünscht wird allgemein, daß der **Gauleiter** öfter erscheint. (Bericht war auf zwei Seiten beschrieben. Red.)

Freienwalde. Am Sonntag, dem 10. Mai, fand am Ort eine kombinierte Versammlung der Ortsgruppen **Eberswalde, Wriezen** und **Freienwalde** statt. Der Vorsitzende Kollege **Steffen** hielt die auswärtigen Kollegen beim Beginn der Beratungen herzlich willkommen. Der **Gauleiter Kollege Schenke** hielt ein längeres Referat über die Gegenwarts- und Zukunftsfragen, er ermahnte die Kollegen zusammenzuhalten, um im Bedarfsfalle eine geschlossene Einheit darzustellen. Unter anderem wurde auch die Lehrlingsfrage gestreift, in dieser Angelegenheit soll Abhilfe geschaffen werden. Ebenso soll wieder ein geregelter **Gesellensauschuss** für die in Betracht kommende **Eberswalder Innung** gebildet werden. Nachdem Kollege **Schenke** nochmals darauf hingewiesen, die tarifliche Arbeitszeit strikte einzuhalten und stets auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten der drei Filialen bedacht zu sein, schloß der Vorsitzende Kollege **Steffen** die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die anwesenden Frauen.

Rundschau.

Der Reichsarbeitsvertrag für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie für allgemein verbindlich erklärt. Von der Reichsarbeitsverwaltung erhielt unser Verband als Tarifkontrahent nachstehende amtliche Mitteilung:

„Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt St. 67) für allgemein verbindlich erklärt.“

1. Vertragsparteien:
a) auf Arbeitgeberseite Reichsverband der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie E. V., Charlottenburg;
b) auf Arbeitnehmerseite Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands in Leipzig, Berufsverband deutscher Steinarbeiter, Berlin, Gewerkschaft der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.) Berlin.
 2. Abgeschlossen am 17. Dezember 1924 (Reichsarbeitsvertrag nebst erläuternden Bestimmungen).
 3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in den Pflaster- und Schotterwerken.
 4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs mit Ausnahme des Freistaates Württemberg, der Wiesberger Steinbrüche bei Osnabrück und der Mollsteinbetriebe im Kreise Bernburg (Bernburg, Alstedden und Umgegend). Die Ausdehnung der Allgemeinverbindlichkeit auf die ausgenommenen Gebiete bleibt vorbehalten.
 5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 21 des Tarifvertrages.
 6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. Januar 1925.
- Mit dem angegebenen Zeitpunkte tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 20. Mai 1924 außer Kraft. **gej. Dr. Syrup.**

Der deutsche Bauhüttenstag in München. Auf dem 17. Mai in München stattgefundenen 5. Bauhüttenstag wurden Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt. Man ist oft geneigt, den Wert, den die soziale Bauhüttenbewegung für die gesamte Wirtschaft und für die Arbeiterklasse hat, zu unterschätzen. Gewöhnlich pflegt man sich mit der Einrichtung der sozialen Baubetriebe in die Klasse der in mehreren Gewerben vorhandenen Produktionsgenossenschaften zu begnügen. Das ist grundfalsch. Eben die Münchner Tagung hat ihre vornehmste Aufgabe darin gesehen, einen scharfen Trennungsschnitt zwischen Bauhütte und Produktionsgenossenschaft zu ziehen. Der trennende Gedanke ist der, daß die Produktionsmittel in den Betrieben nicht Privatpersonen, sondern der Allgemeinheit gehören sollen. Weiter ist zu beachten, daß die Betriebe nicht von Privatpersonen, sondern in Selbstverwaltung der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter unter Kontrolle der baugewerblichen Gewerkschaften geführt werden sollen. Der dritte Hauptgedanke legt fest, daß die in den Betrieben von den baugewerblichen Kopf- und Handarbeitern geschaffenen Mehrwerte keiner Privatperson und auch keiner Gruppe von Privatpersonen, sondern der Allgemeinheit gehören sollen.

Dadurch unterscheidet sich die Bauhütte recht wesentlich von der Produktionsgenossenschaft. Ihr Zweck ist nicht die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, sondern der Dienst an der Allgemeinheit. Den bei der Bauhütte Beschäftigten sollen die Vorteile, die diese im Rahmen der Gesamtwirtschaft erzielt nicht mehr und nicht weniger zugute kommen, als allen anderen Volksteilen. Das Recht an der Mitwirkung der Verwaltung des Betriebes gründet sich bei der Bauhütte auf das Arbeitsverhältnis und nicht, wie bei den Genossenschaften, auf die Beteiligung des Kapitals und auf die Mitgliedschaft.

Trotz dieser Grundgedanken ist im Laufe eines halben Jahrzehnts der Bauhüttenbewegung doch mancher angeschlossene Betrieb andere Wege gegangen. Noch im Jahre 1922 waren dem Zentralverband sozialer Baubetriebe mehr Produktionsgenossenschaften als Bauhütten angeschlossen; allerdings ist die Zahl der Genossenschaften immer mehr zugunsten der Bauhütten zusammengeschumpft. Insbesondere sind doch egoistische Strömungen nie ganz zu unterdrücken gewesen. Ein ganz besonders charakteristisches Beispiel dafür ist die dem Verband angeschlossene Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft **Börsch** i. B., die jetzt im Begriff ist, sich in einen rein kapitalistischen Betrieb umzustellen. Die leitenden Personen der Genossenschaft suchen das dadurch zu erreichen, daß sie zunächst die Genossenschaftsanteile bedeutend erhöhten und am Schluß des Jahres 1924 alle Mitglieder streichen ließen, die ihre Anteile nicht rechtzeitig eingezahlt hatten. Von den Mitgliedern wurden auf die Weise etwa 70 gestrichen, während nur 9 übrig blieben, die dann zu einer Hauptversammlung zusammentraten. Ähnliche Beispiele könnten mehr angeführt werden.

Solchen Plänen, aus einem, dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Baugeschäft auf trockenem Wege ein Privatunternehmen zu machen, hat man in München einen festen Riegel vorgeschoben. Es ist nämlich eine straffe Zusammenfassung der in fast allen größeren Städten vorhandenen Einzelbetriebe in die Wege geleitet. Durch ein System von Kontrollbeamten wird die Tätigkeit der Bauhütten dauernd überwacht und die Uebertretung der Organisationsgrundsätze wird unter Umständen mit dem Ausschluß bestraft. Die Münchner Entschloßung ist nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern ein Beweis für die gerade Linie der Bauhüttenbewegung, die das Prinzip der Gemeinnützigkeit als ihren obersten Grundsatze betrachtet.

Lohnerhöhungen und Inflation. Wie an dieser Stelle bereits ausgeführt, arbeiten die Unternehmer und deren Presse mit dem Schauermärchen, daß neue Lohnerhöhungen eine neue Inflation herbeizuführen in der Lage seien. Daß hierbei mit plumpen Mitteln und Beweismaterial gearbeitet wurde, welches der Untersuchung nicht standhielt, wurde ebenfalls an dieser Stelle gebührend gekennzeichnet. Doch es gibt auch ganz unverständliche Zeugen, die unsere Beweisführungen bestreiten. So schreibt die **Distanzgesellschaft** in ihrem Wirtschaftsbericht vom 15. Mai: „... Lohnerhöhungen brauchen grundsätzlich und zwangsläufig nicht mit ungelunder Steigerung des Zahlungsmittelumslaufes verbunden zu sein. Es ist anzunehmen, daß der vorhandene Geldumlauf ausreicht, auch wenn wöchentlich 10 000 000 M. mehr für Lohnzahlungszwecke verwandt werden als bisher. Eine allgemeine Erhöhung der Industriearbeiterlöhne kann zunächst lediglich eine Frage veränderter Einkommensverteilung innerhalb der Volkswirtschaft sein. Solange der Produktionsertrag nicht gesteigert wird, verändert sich auch das Einkommen nicht, und es ist nur eine Uenderung der Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsklassen möglich. Eine solche ist aber, wenn wir von der wirtschaftlichen Machtkampseite des Problems absehen, ohne Schädigung der Gesamtwirtschaft nur durchzuführen, solange die Gewinnspanne des Unternehmens so groß ist, daß sie Kürzungen zugunsten des Arbeitnehmers in größerem Umfange ohne weiteres verträgt.“

Trotz allem Begehren vermögen wir die Frage zu befechten, daß die Gewinnspanne so groß ist, um eine Lohnerhöhung zu vertragen zu können. Solange sich die Höhe der deutschen Löhne und Gehälter nicht mit den ausländischen im Einklang befindet, solange vermögen wir nicht einzusehen, warum eine Lohnerhöhung nicht eintreten soll.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Niederrhein. Der Redaktion ist bei der Quittung Bezirk **Wurzen-Grimma** in Nr. 21 ein Versehen durch Herauslassen der Zahlstelle **Aue** mit 75 M. unterlaufen. Die quitierte Endsumme von 1257 M. wird dadurch nicht geändert. Die Kollegen im Bezirk wollen die Berichtigung beachten. **Siebold.**

Germerode. Am 2. Pfingstfeiertag, vormittags 8 Uhr, findet unsere Mitgliederversammlung statt. Die Zahlstellenangehörigen wollen darauf achten.

Breitenborn. Für Unterstützung des erblindeten Kollegen **Heinz Sommer** gingen folgende Beiträge ein: **Kinderbüchen** 42.90 M., **Homburg** 76 M., **Quedlinburg** 15 M., **Bobenhäuser** 23 M., **Oberbessingen** 35 M., insgesamt 191.90 M. Für die Unterstützung **Willy Schaar**, **Kass.**

München. Quittungsnachtrag für Sonderausweisung beim Streik: **Bon Reinersreuth** 30 M., **Mit Dank** **Mich. Vallinger**, **Kass.**

Bremen. Zum Streik der Bremer Steinmehlen fanden **Osternholz-Obernkirchen** 150 M., **Hamburg** 200 M., **Odenburg** 80 M., **Dankend** quittiert **J. A. Karl Kaelebiter**, **Borl.**

Adressenänderungen.

1. **Gau N. Landsberg a. W.** Kass.: **Georg Noebe**, Kasselstraße, Baracke II.
1. **Gau W. Paderm.** Kass.: **Heinrich Soltwedel**, Neue Mauerstraße 67.
4. **Gau. Weslau.** Kass.: **Paul Höhne**, Amalienstr. 59, II. — **Saltwedel**, **Borl.** u. Kass.: **Otto Baumann**, Südbauern 64.
6. **Gau. Ludwigshafen.** Kass.: **Georg Kullmann**, Ludwigstr. 33. — **Ursach.** **Borl.** **Philipp Fischer**, Lichtenberg, Post Niedernhausen, Odenwald.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Jüngste Arbeiterdichtung. Ausgewählt von **Karl Brüger**. 92 Seiten, kart. 0.80 Mark, Halbleinen geb. 1.50 Mark. Halbleiter 3 Mark. Berlin 1925, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 7/8. Das Büchlein will, wie Brügers schönes Vorwort entschieden betont, zuerst und vor allem **Dokument** des Ernstes und der Tiefe sein, womit die junge Arbeiterklasse um ein geistiges Leben ringt. Es wird Zeuge eines reichen, unverbrauchten Seelenlebens, das jetzt schon und einst noch mehr, dem Volke formende, bindende und deutende Kräfte widmen wird. In dem Büchlein gibt es aber trotzdem viel Dichtung, die vor schärfter, literarischer Kritik als eigenartig und zukunftsweisend bestehen kann, so die kosmischen Hymnen des **Lübecker Karl Albrecht**, die Dichtungen des zwanzigjährigen **W. G. Schilewski** aus Berlin, des achtzehnjährigen Metallarbeiters **W. A. Thaczyl** aus Oberhessen und anderer. Das Büchlein „Jüngste Arbeiterdichtung“ wird sicher nicht nur in die Hände der Jugendgenossen jener jungen Dichter gelangen, es wird Schulmännern, Arbeiter- und Jugendpsychologen, den Kulturhistorikern und den Politikern wertvolle Erkenntnisse über die Jugend der Arbeit in unmittelbarer Art geben.

sein, womit die junge Arbeiterklasse um ein geistiges Leben ringt. Es wird Zeuge eines reichen, unverbrauchten Seelenlebens, das jetzt schon und einst noch mehr, dem Volke formende, bindende und deutende Kräfte widmen wird. In dem Büchlein gibt es aber trotzdem viel Dichtung, die vor schärfter, literarischer Kritik als eigenartig und zukunftsweisend bestehen kann, so die kosmischen Hymnen des **Lübecker Karl Albrecht**, die Dichtungen des zwanzigjährigen **W. G. Schilewski** aus Berlin, des achtzehnjährigen Metallarbeiters **W. A. Thaczyl** aus Oberhessen und anderer. Das Büchlein „Jüngste Arbeiterdichtung“ wird sicher nicht nur in die Hände der Jugendgenossen jener jungen Dichter gelangen, es wird Schulmännern, Arbeiter- und Jugendpsychologen, den Kulturhistorikern und den Politikern wertvolle Erkenntnisse über die Jugend der Arbeit in unmittelbarer Art geben.

„Republik Europa.“ 32 Seiten. Mit einer Weltkarte, aus der die Einteilung der Welt nach Staatsformen hervorgeht. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel. 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

In einer sehr faßlich und amüsant geschriebenen Weise zeigt **Otto Lehmann-Rußbüldt** (der Geschäftsführer der Deutschen Liga für Menschenrechte), daß den schon vorhandenen 13 Republiken Europas immer noch 13 Monarchien gegenüberstehen, zu deren Beseitigung, zunächst auf dem Wege der „Rückbildung“, er die Europäer auffordert. Genauer, aber nicht langweilige Tabellen erzählen, was die Monarchien der Welt gekostet haben und noch kosten. Ferner erfährt man von allerlei Seltsamkeiten, zum Beispiel, daß der ohnmächtigste Präsident eines Staates der „König“ von England ist und der nahezu mit sprichwörtlicher Königsgewalt ausgestattete Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist, trotz sehr geringen Gehaltes. Ganz besonders erheitend wirkt aber der Nachweis, daß die kramtrenten Monarchisten der Welt, nämlich die preussischen Junker, sich ihre politischen Auffassungen von einem Juden **Barthauer** (Fr. Jul. Stahl) literarisch herriichten ließen, und daß der Prophet und Dichter der **Aldeutschen**, **Felix Dahn**, als Geschichtsschreiber über die Verfallung der alten Deutschen ausdrücklich wörtlich sagt, sie wäre „republikanisch“ gewesen, auch da, wo sogenannte „Könige“ waren, denn die Stammesversammlung hätte die alleinige Souveränität besessen, die den „König“ jährlich zu wählen hatte und über ihn zu Gericht sitzen konnte bis zur Verurteilung zum Tode. — Wenn dieses Buch jeder deutsche Kleinbauer liest, ist es aus mit der Verherrlichung der Monarchie in Deutschland.

Anzeigen

10-12 Steinsetzer
für Kleinpflaster
bei schriftlicher Anmeldung stellt ein
Heinrich Böring, Steinsetzmeister,
Hierschdorf (Kreis Hirschberg)

2-3 tüchtige
Granitsteinhauer
für Steinbruch gesucht.
Fritz Kempf, Bildhauer,
Villingen (Baden).

Granitsteinmetzen
stellt ein
Daul & Tollert, Leipzig.
Zu meld. beim Bruchmeister **Schreiner**
in **Beucha**. Reisegeld wird vergütet

Lohnende Arbeit finden
Granit-Steinhauer
bei **August Haas**, Forbach Nr. 13

Gebüte
Pflastersteinarbeiter
stellt laufend ein
Daul & Tollert, Leipzig.
Zu meld. beim Bruchmeister **Mühlberg**,
Kohlenbergbruch Gämmerel b. Brandis
(Bezirk Leipzig).

Granitsteinmetzen
und **Maschinenschleifer**
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Granitwerk Hameln.

Wir suchen für sofort mehrere
tüchtige
Steinmetzen
für Bau- u. Grabdenkmalarbeiten
Dauernde Beschäftigung.
J. H. Schmitz & Söhne G. m. b. H.
Gütersloh (Westfalen).

Mehrere Steinmetzen
firm auf Marmorplatten-Arbeiten und
Beckenische sofort gesucht.
Hugo Wiesengrund A.-G.
Marmorwerke
Steinerne Renne b. Wernigerode

Tüchtige
s. s. Granitsteinmetzen
sowie
Maschinen- u. Handschleifer
stellt ein
Granitwerke Paul Fingas, **Liegnitz**

Handschleifer
für vertiefte Toiletten sucht
Marmorwerk Fr. Schulze
Inh.: **A. & G. Brassard**,
Halle a. S.

Tüchtige
Steinmetzen
für in Kalkstein u. Sandsteinenkmäler
und einige tüchtige **Schiffhauer**
und **Verzierungsarbeiter** sofort gesucht.
Paul Gollert & Co. G. m. b. H.
Steinwarenfabrik — Marmorwerke
Halle a. S. Ruf 5642.

2 Granitsteinmetzen
stellt sofort ein
Georg Wolff, **Granitwerk**
Melßen a. d. Elbe.

Tüchtige Brether,
Stößer, Steinrichter
stellen noch ein
Grotzenburger Sandeblenbrüche
Karl Meier & Sohn, **Detmold**.

Ich versende wieder nach allen Orten
freibleibend ab meinem Dresdner Lager:
1a Steinmetzbestahl . . . per Kilo **1.90**
Echte Rehbacheische Steinmetzbestahl
mit Hartblei . . . per Gros **5.-**
Dieselben mit extra Hartblei
ca. 40 cm lang . . . per Gros **13.-**
1a Steinmetzbestahl v. Kokos p. Dutzd. **6.-**
1a Buchsbaum-Maschine mit extra
tiefen Mäßen . . . per Stück **1.-**
Bei größeren Mengen bitte
Sonderpreise einzuholen.
Walter Kluth, **Dresden-A. 16.**

Mehrere tüchtige
Steinmetzen und Maschinenschleifer
sofort für dauernde Beschäftigung gesucht.
Hans Wieser, **Granit- u. Syonitwerke Marfinlamitz**
im **Fichtelgebirge** (Bayern).

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.
In **Elmann** am 6. Mai der Sandsteinmetz **Ferdinand**
Lull, 51 Jahre alt, Lungenleiden.
In **Striegau** am 14. Mai der Brecher **Gustav Müller**,
62 Jahre alt, Herzschlag, und der Hilfsarbeiter **Hermann**
Lieber, 45 Jahre alt, Magenleiden.
In **Schweidnitz** am 15. Mai der Kammer **Fritz**
Winter, 36 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Münchberg** am 17. Mai der Sandsteinmetz
Franz Franke, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In **Berlin** am 18. Mai der Sandsteinmetz **Hans**
Marshall, 60 Jahre alt, Rippenfellentzündung.
Der Verstorbene war früher bald 20 Jahre lang Funk-
tionär unterer Organisation. Als Kärner, als Vor-
sitzender des Gesellensauschusses der Steinmetzen in
Berlin wurde er vielen Kollegen bekannt. Vor etwa zehn
Jahren nahm er einen Berufswechsel vor und wurde damit
Mitglied bei den Angestellten im Bankgewerbe. Wie
die den Kollegen bekannt haben, schästen ihn als Menich
Freund und Kollegen. Der Verband erkennt dankbar an,
was er für ihn geleistet hat. Wir werden uns des Kol-
legen **Hans Marshall** oft und gern erinnern.
Chresthem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung **Hermann Siebold** Verlag
von **Ernst Rindler** beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei **Artiengesellschaft**, Leipzig.

Weiterwirkung abgelaufener Tarifverträge.

Seit Einführung einer festen Währung sind auf dem Gebiete des Tarifrechtes eine Reihe von Streitfragen entstanden, welche während der Inflation keine Rolle gespielt haben.

Wenn nun beide Parteien nicht einig geworden sind, es jedoch auch nicht zu Streik oder Aussperrung gekommen ist, welche Arbeitsbedingungen gelten nach Ablauf des Tarifvertrages?

Nach § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 treten bei Abschluss eines Tarifvertrages die in demselben enthaltenen Bestimmungen für den Abschluss von Arbeitsverträgen an die Stelle der anderslautenden Bestimmungen der bisherigen Arbeitsverträge.

Diese günstige Rechtslage gibt bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit, den Unternehmer geneigt zu machen, wieder einen Tarifvertrag abzuschließen bzw. auf den Arbeitgeberverband in diesem Sinne einzuwirken.

Dagegen ist nach Tarifabschluss bei einem tariflosen Zustand die Unabdingbarkeit in Wegfall gekommen. Die Arbeiter sowohl als auch die Unternehmer können den Arbeitsvertrag ändern.

Welche Mittel hat nun der Unternehmer, um die Veränderung des Arbeitsvertrages herbeizuführen? Der Unternehmer kann das Arbeitsverhältnis auflösen. Er kann dies aber nicht aus einem Grunde, der zur fristlosen Entlassung berechtigt, tun, sondern er muß eine etwa bestehende Kündigungsfrist einhalten.

höfliche Genehmigung hierzu fehlt. Der Unternehmer wird diese Genehmigung während der Dauer der Aussperrung von der Behörde nicht erhalten, weil eine solche Handhabung dem Sinne und der Absicht des § 6 der Arbeitszeitverordnung zuwiderlaufen würde.

Für die Betriebsräte ist diese Rechtslage in folgender Beziehung wichtig. Wenn der Unternehmer glaubt, den Widerstand der Belegschaft durch die Entlassung nur der Betriebsräte zu brechen, so gelingt das deshalb nicht, weil er zu der Entlassung die Zustimmung der Betriebsvertretung nötig hat.

Sind also in der tariflosen Zeit die Belegschaften einig und alle Mitglieder ihrer Gewerkschaften, dann kann bei geschickter Ausnutzung der Rechtslage und strikter Befolgung der Weisungen der Gewerkschaften der Unternehmer bzw. die Arbeitgebervereinigung schon veranlaßt werden, selbst wieder ein Interesse in dem Neuausschluss eines Tarifvertrages zu haben.

Die Not- und Schicksalsgemeinschaft der deutschen Arbeiter.

Die Herrschaft des Kapitalismus ist in den bestehenden ökonomischen Verhältnissen begründet. Diese sind in ständiger Umwälzung begriffen. Bei dem ungeheuren komplizierten Organismus des Wirtschaftssystems und seiner Verbundenheit mit der Wirtschaft anderer Nationen, aus der er nicht willkürlich loszulösen ist, kann sich diese Umwälzung nur langsam, für die mit der Eigenart des wirtschaftlichen Betriebes nicht verträglich kaum merkbar vollziehen.

Vorläufig sieht der Kapitalismus noch fest im Sattel; es hieße sich in falschen Hoffnungen wiegen, diese Tatsache abzuleugnen zu wollen. Die letzten Reichstagswahlen sowie die Wahl Hindenburgs als Nachfolger des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert machen hierüber jeden Zweifel unmöglich.

Zu den vielen Schlagworten dieser Art, die während und nach dem Kriege von kapitalistischer Seite in die Massen geschleudert

wurden, gehört auch das von der Not- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes. Die Notlage, in die das deutsche Volk infolge des verlorenen Krieges geriet, hätte wohl eine solche Not- und Schicksalsgemeinschaft notwendig gemacht.

Die sehr tiefe damit dem Kapitalismus Vorwurf leisteten, ihre Lage verschlechterten, offenbart besonders drasilich die Steuerverteilung im Reiche. Kann es etwas ungeheureres als die Feststellung der Tatsache geben, daß nach dem Reichshaushaltplan für 1925 einer Belastung von rund 1800 Millionen eine Belastung der Nichtbesitzenden von 3340 Millionen gegenübersteht, also zwei Drittel aller Steuern in Deutschland von den wirtschaftlich schwächsten getragen werden müssen?

Der Feststellung dieser Ungerechtigkeit wird von kapitalistischer Seite mit dem Einwand begegnet, daß wir uns in dem durch den Krieg arm gewordenen Deutschland, nicht in dem reichen England befinden. Das trifft zu, ist aber nur bedingt richtig.

Die organisierte Arbeiterschaft schenkt deshalb den kapitalistischen Liebesbeteuerungen kein Gehör. Sie sucht ihre Not- und Schicksalsgemeinschaft in den Gewerkschaften, dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß aller Arbeiter zu einer mächtigen, geschlossenen Angriffs- und Abwehrphalanx gegen

Tuberkulose-Merkblatt.

Das Reichsgesundheitsamt hat ein neubearbeitetes Tuberkulosemerkblatt herausgegeben, aus dem wir hier zwei Abschnitte wiedergeben:

A. Was ist die Tuberkulose?

Die Tuberkulose ist die verderblichste aller übertragbaren Krankheiten. Kein Land, keine Volksklasse, kein Alter, kein Beruf wird von ihr verschont. Im Verlaufe des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit hat sie in Deutschland in besorgniserregender Weise zugenommen.

Die Hauptquelle für die Weiterverbreitung der Krankheit stellen diejenigen an Lungentuberkulose Leidenden dar, die beim Husten oder in ihrem Auswurf die Krankheitserreger ausstreuen.

Ein gesunder kräftiger Körper wird mit wenigen, nur gelegentlich und vielleicht schon in abgeschwächtem Zustand in ihn eindringenden Tuberkelbazillen verhältnismäßig leicht fertig, ja er erhält dadurch unter Umständen sogar einen gewissen Schutz gegen spätere Ansteckungen.

Da die Tuberkulose, ausgenommen die sogenannte galoppierende Schwindel- und die Milchartuberkulose, meist langsam verläuft, so erstreckt sich die Ansteckungsmöglichkeit durch jeden Bazillen ausscheidenden Tuberkulösen über viele Jahre.

jenen Zeiträumen sich wiederholenden Aufnahme von Krankheitserregern. Ganz besonders gefährdet sind die kleinen Kinder, weil sie mit den sie pflegenden Personen in besonders enge Berührung kommen und weil ihr zarter Körper noch nicht über genügend Abwehrkräfte verfügt.

B. Wie schützt man sich vor Tuberkulose?

Jeder Mensch, auch der schwächste und ärmste, kann wesentlich dazu beitragen, sich vor der Erkrankung zu schützen, wenn er sich der Gefahr bewußt ist und sein Verhalten danach einrichtet.

Kinder, namentlich solche der ersten Lebensjahre, sind durch die Tuberkulose am stärksten gefährdet und daher sorgfältig vor Ansteckung zu bewahren. In vielen Fällen ist die Tuberkulose der Erwachsenen auf eine in der Kindheit erfolgte Ansteckung zurückzuführen.

Die Größe der Ansteckungsgefahr und die schlimmen Folgen der eingetretenen Ansteckung machen den Kampf gegen die Tuberkulose zur Pflicht nicht nur des Staates und der Gemeinden, sondern auch jedes einzelnen im Volke.

I. Maßregeln gegen die Übertragung der Tuberkulose.

1. Es muß nach Möglichkeit vermieden werden, daß ein Tuberkulöser, der bazillenhaltigen Auswurf hat, sofern er nicht zur Behandlung in einer Heilstätte oder in einem Krankenhaus untergebracht werden kann, mit seinen Angehörigen und Wohnungsgenossen, besonders aber mit kleinen Kindern dauernd in enger Berührung steht.

2. Jeder, mag er gesund oder krank sein, Sorge für gefahrlose Beseitigung des Auswurfs, weil dem Auswurf nie entzogen werden kann, ob er Tuberkelbazillen enthält oder nicht.

3. Feinstäube Sauberkeit herrsche bei der Zubereitung und Aufbewahrung (Schutz gegen Fliegen) sowie beim Genuß der Speisen, namentlich solcher, die roh genossen werden! Milch muß, sofern sie nicht ärztlicherseits für einwandfrei erklärt ist, vor dem Genuß gekocht werden.

4. Die Hände einschließlich der Nägel, die Zähne nebst der Mundhöhle sind häufig und gründlich zu säubern.

5. Wo Pflicht und Beruf den Verkehr mit Tuberkulösen fordern, lasse die gebotenen Vorsichtsmaßregeln nicht aus dem Auge! Beziehe du eine Wohnung, in welcher vorher ein Tuberkulöser gelebt hat, so lasse sie zuvor reinigen und desinfizieren.

II. Maßregeln zur Kräftigung des Körpers.

Niemals wird es gelingen, alle Tuberkelbazillen abzutöten; deshalb ist es unerlässlich, den Körper so zu kräftigen und abzu härten, daß die eindringenden Krankheitserreger ihm möglichst wenig anhaben können.

Einfache und kräftige Nahrung. Vermeide Ledereien, berauschende Getränke und Tabak!

Eine der Luft und dem Licht gut zugängliche Wohnung; besser, sie liegt vor als mitten in der Stadt; nimm das beste Zimmer zur Schlafstube.

Halbhare, einfache Kleidung aus nicht zu dicht gewebten Stoffen, weber zu warm noch zu kühl, bei ruhigem Verhalten oder bei starker Tätigkeit sei sie wärmer als bei Bewegung; unterlasse Modetorheiten, welche die freie Bewegung des Körpers beeinträchtigen, z. B. übermäßiges Schnüren durch Korsett oder Leibriemen.

Bei der ganzen Lebenshaltung stehe Reinlichkeit und Ordnung voran! Wasche täglich den ganzen Körper mit mäßig kaltem Wasser oder reibe ihn schnell mit einem rauhen feuchten Tuche ab, bade fleißig, sei es unter der Brause, sei es in der Wanne oder der Schwimmbad, halte Haare und Bart, Zähne und Mund sowie Hände und Nägel sauber! Atme bei geschlossenem Munde durch die Nase; diese ist das natürliche Filter für Unreinlichkeiten und Schadstoffe.

Bei deiner Arbeit beachte die allgemeinen Gesundheitsregeln. Die arbeitsfreie Zeit wende an zur Kräftigung der Körperteile, welche bei der Arbeit selbst weniger Gelegenheit hatten, sich zu üben! Bewege dich außerhalb der bewohnten Orte! Wasche in freier Luft oft langsame, tiefe Atemzüge mit in die Seite gestemten Händen oder mit wagerecht ausgestreckten und langsam nach oben und hinten rollenden Armen! Bade im Sommer in reinen, freien Gewässern, nimm auch Luft- und Sonnenbäder, vermeide aber auch hier jedes Uebermaß. Wechsele durchnässte Kleider und Schuhe! Turnübungen — namentlich Freiluftübungen — den Körperverhältnissen angepaßt, unterstützt durch Fußmärsche, Ballspiele, mäßiges Radfahren, Rudern, Schwimmen u. dgl., sind bewährte Bundesgenossen im Kampfe gegen die Tuberkulose.

Suche rechtzeitig das Bett auf! Meide Ausschweifungen jeder Art! Sie zerkünnen in kurzem, was in langem erzunen wurde.

den Kapitalismus. Nur dieser Zusammenschluß verbürgt ihnen, daß die sozialen und wirtschaftlichen Kämpfe, die sie zu führen gezwungen ist, nicht vergeblich sein werden. Je mehr auch die noch fernstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen zu der gleichen Einsicht gelangen, sich ebenfalls der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, um so mehr muß der Kapitalismus an Boden verlieren, in seiner Aktionskraft geschwächt werden. In dem gleichen Maße aber, wie sie ihrem schärfsten Gegner das Feld streitig zu machen vermögen, werden ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolge an Bedeutung gewinnen.

Schliebens unmögliches Finanzprogramm.

Während der Steuerdebatten im Reichstag gab der Reichsfinanzminister Schlieben über die voraussichtlichen Einnahmen während des Steuerjahres 1925/26 folgenden Uebersicht: Die Besitz- und Verkehrssteuern sollen nicht weniger als 5323 Goldmillionen erbringen. Davon entfallen auf die Lohnsteuer 1200 Millionen, auf die Einkommensteuer nur 700 Millionen. Von der Körperschaftsteuer erwartet Schlieben 300, aus der Vermögenssteuer 500 Millionen, aus der Kapitalverkehrssteuer 130, aus der Kraftfahrzeugsteuer 60 und aus der Beförderungsteuer schließlich 273 Millionen Mark. Die Umsatzsteuer soll wiederum den Hauptteil der Einnahmen erbringen, und zwar rund 1610 Millionen Mark. Die Einnahmen aus Zöllen und aus Verbrauchssteuern hat der Finanzminister mit rund 1528 Millionen Mark eingeschätzt.

Soweit das Finanzprogramm Schliebens. Bis jetzt haben alle Feinde nicht verstanden, den Finanzminister von seinen wirtschaftsfeindlichen Steuerplänen abzubringen. Dabei hat das Steuerjahr 1924/25 deutlich ergeben, daß die bisherigen Steuern, die Schlieben noch verschärfen will, durchweg überspannt waren. Daraus ist auch nur das Ergebnis des Steuerjahres 1924/25 zu erklären, das bekanntlich einen Riesenerüberschuß aufweist. Dieser Ueberschuß ist aber recht teuer bezahlt worden. Der Ueberschuß ist ja vor allem durch die Lohnabzugssteuer und Umsatzsteuer aufgebracht worden. Gerade diese beiden Steuern aber haben sich lähmend auf das Wirtschaftsleben gelegt und haben wesentlich zur Verschärfung der Krise in Deutschland beigetragen. Jede Mark Ueberschuß in den Steuerklassen bedeutete doch nur in der Wirtschaft Einschränkung des Warenumlaufes und der Produktion, Steigerung der Arbeitslosigkeit und Ausgabe von Mitteln zur Linderung der Not und der Wunden, die durch unvernünftige Steuern geschlagen wurden. Die überpannten Steuern 1924/25 waren nichts anderes als ein Attentat auf das Wirtschaftsleben, — und im Steuerjahr 1925/26 soll es nicht anders sein. So will es der Reichsfinanzminister.

In letzter Minute richten wir einen Appell an den Reichstag, mit allen Kräften dafür einzutreten, damit die deutsche Wirtschaft endlich zu einer vernünftigen Steuerregelung kommt. Vor allen Dingen tut man, daß endlich mal die Aufbringung der Steuer dem Gedanken einer Beseitigung der Wirtschaft untergeordnet wird, denn wenn die Wirtschaft keine Ueberschüsse abwirft und wenn die Industrie nicht arbeiten kann, bleiben alle Steuergesetze auf dem Papier stehen und jede Steuerpolitik muß Schiffbruch erleiden. Vor dieser Gefahr steht heute die deutsche Steuerpolitik. Die Folgen braucht man nicht auszumalen.

Es empfiehlt sich deshalb die möglichst baldige Abänderung solcher Steuerprojekte, die angesprochen wirtschaftsfeindlich sind. Hier kommt der Lohnabzug in Frage, der die Kaufkraft der Bevölkerung über jedes Maß hinaus droffelt, und auf den der Mangel an Kaufkraft und die Stodung im Warenverkehr zurückzuführen ist. Aus demselben Gesichtspunkte heraus muß die völlige Abschaffung der Umsatzsteuer gefordert werden. Sie stellt eine indirekte Steuer in seltenem Ausmaß dar. Vor dem Kriege gab es indirekte Steuern, die unmittelbar den Verbraucher trafen. Heute ist das System der indirekten Steuern aber dahin ausgeartet, daß überhaupt jede Ware, die den Besitzer wechselt, mit einer indirekten Steuer belegt wird. Das hat zu einer maßlosen Steigerung der Warenpreise und zu einer unerträglichen Verminderung der Kaufkraft geführt. Hier stehen auch, wie bereits oben gesagt wurde, die Ursachen der gegenwärtigen deutschen Industriekrise.

Man hat die Umsatzsteuer nach dem Kriege unter dem Druck der ungeheuren Schuldenlasten eingeführt und hat das nur schweren Herzens getan, weil man die schädlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft fürchtete. Heute haben sich die Verhältnisse geändert. Man sieht klar und erkennt, daß die Umsatzsteuer in der Wirtschaft der größte Krebsknoten ist, den man sich denken kann. Deshalb muß sie verschwinden. Man kann auf anderen Gebieten durchaus Ersatz für sie schaffen, indem man Besitz und die größeren Einkommen für den Ausfall heranzieht. Schlieben geht in unerforschlicher Weisheit einen anderen Weg: er schont den Besitz steuerlich, verringert die steuerliche Belastung der großen Einkommen, erhöht die Steuern für den Massenverbrauch und lehnt die Abschaffung bzw. Milderung des Lohnabzuges und der Umsatzsteuer ab.

Ein Wort noch zu der sogenannten Luxussteuer. Auch sie ist eine Steuer der Nachkriegszeit, die im Augenblick, als sie eingeführt wurde, schließlich begrifflich war. Heute ist diese Luxussteuer wirtschaftlicher Unsinn und lange überholt, denn sie trifft gerade diejenigen Waren, die einen langen Verfeinerungsprozess in der Wirtschaft durchlaufen. Diese Verfeinerung aber schafft unzählige Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten. So wird durch die sogenannte Luxussteuer die Möglichkeit, Arbeit zu schaffen, also der Arbeitsmarkt selbst mit Steuern belegt.

Rundschau.

Die Aufwertungssaktion der Lutherregierung. Es war ein Vergnügen zu sehen, wie die Demagogen der Rechtsregierung sich im Reichstag aus der Patzche zu winden versuchten. Diese Heiden, die in den Wahlkämpfen landauf, landab gezogen sind, um den verarmten Sparern und Kriegsanleihebesitzern das Blaue vom Himmel zu versprechen, wissen nun nicht, wie sie ihr Versprechen einlösen sollen. Eine Besteuerung der Inflationsgewinne wurde von vornherein abgelehnt. Dafür machte man so etwas wie Aufwertung. Wenn das deutsche Volk nicht so stupide wäre, dann dürfte man mit Sicherheit bei den nächsten Wahlen das Ende der deutsch-nationalen Parteiherrschaft voraussehen. Aber weil dies nun eben der Fall ist, kann leider nach keiner Seite eine Garantie übernommen werden. Die deutsch-nationale Fraktion verlor einen Mann, den Abgeordneten Best, der ihr bei den Wahlen Zutritt bewiesen leistete hat, damit scheint die Sache erledigt zu sein. Die Enttäuschten sind natürlich diejenigen, die den Fehler begingen, bei einer Wahl etwas zu glauben, sofern es aus dem Munde deutsch-nationaler Demagogen kommt.

Die Hypotheken sollen auf 25 Prozent aufgewertet werden. Vorher, d. h. in der Steuernotverordnung, sollte die Aufwertung 15 Prozent betragen. Auch bei den 25 Prozent machen die Haus- und Grundbesitzer noch ein glänzendes Geschäft. Namentlich die ländlichen Grundbesitzer, die sich während der Inflation so vorzüglich zu entlasten verstanden, werden mit so einer Aufwertung zufrieden sein können. Profitieren sie doch immerhin noch 75 Prozent ihrer ehemaligen Schuldenlast. Schwerer scheint es den Demagogen von rechts gefallen sein, die Industrieobligationen höher als zu 15 Prozent aufzuwerten. Denn die Herren der Industrie hatten sich einmütig gegen jede weitere Aufwertung erklärt. Das hat sie natürlich nicht gehindert, denselben Parteien, die die Aufwertung im Munde führten, Millionenbeträge zu Wahlzwecken zur Verfügung zu stellen. Um diese Geldgeber zu schonen, hat man auch einen andern Modus bei der Aufwertung gefunden. Die Aufwertung über 15 Prozent hinaus wird hier in Form von Genusscheinen vorgenommen. Die Aktionäre müssen mindestens eine Dividende von 6 Prozent erhalten haben, ehe eine Ausschüttung auf die Genusscheine einsetzt. Für den kleinen Obligationär ist es natürlich überhaupt ausgeschlossen, etwas zu bekommen. Für die Einführung der Reichsanleihen soll eine Abzugslosanleihe geschaffen werden. Dadurch werden diese zu einem reinen Spekulationspapier.

Wenn man sich den ganzen Schwindeln überflüssig dann gewarnt man nichts als Verwirrung und Rechtsunsicherheit. Die ganze Ge-

richte ist so kompliziert, daß sich der kleine Hypothekensbesitzer oder Kriegsanleihebesitzer nicht zurechtfindet. Das war ja letzten Endes auch der Zweck der Uebung. Geschwindelt wird aber später nach wie vor. Die große Hammelherde, Deutsches Volk genannt, wird es nach wie vor glauben. Unsere Aufgabe sollte es sein, wenigstens die Arbeiter vor den Rebellschwaden deutsch-nationaler Demagogie zu befreien.

Der böse Achtstundentag. Es ist bezeichnend, wie oft man beim Studium der Geschäftsberichte auf Klagen über den vermaledeiten Achtstundentag stößt. Da wir die Weise, den Text und die Verfasser kennen, regen wir uns nicht sonderlich darüber auf. Aber die Öffentlichkeit muß doch entsprechend bearbeitet werden, deshalb kehrt das Lied in anderer Melodie immer wieder. Besonders wissen die Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart, A.-G., über den Achtstundentag zu klagen. Das Geschäftsergebnis sei ungünstig beeinflusst durch den Achtstundentag, der sich mit seinem dreifachen Schichtwechsel, insbesondere auf die eine sorgfältige ununterbrochene Wartung erfordernden Maschinen als ganz ungeeignet und verderblich erwiesen habe. Er brachte Verwirrung und Störung in die Betriebe. Um nach Einführung der Doppelschicht, die 30 Prozent weniger Arbeiter erfordere, die volle Ausnutzung der Werke erreichen zu können, wurden nicht weniger als vier Werke, und zwar diejenigen in Almdingen, Buchenheim, Erzingen und Neckarzell stillgelegt. Die dadurch ausfallenden Produktionsmengen konnten in den übrigen Werken reichlich gedeckt werden. Das Werk selbst blieb dividendenlos mit Ausnahme der Vorzugsaktien, dafür wurden aber 1,078 Millionen Mark zu Abschreibungen verwandt. — Daß es auch in den Zementfabriken anders gehen kann, erfährt man an dem Geschäftsbericht der Doppelner Portland-Zement-Fabriken vorm. J. W. Grundmann. Dort wird ausgeführt, daß man, um Abzahnmöglichkeiten zu schaffen und die Stilllegung der Betriebe zu vermeiden, zum äußersten Mittel einer starken Preiserhöhung geschritten sei. Der Absatz habe sich so gesteigert, daß trotz der gestiegenen Preise die Produktionskosten normal geblieben seien.

Arbeitszeitfrage und Ueberstunden. Bei den Verhandlungen zur Regelung der Arbeitszeitfrage kommt es vielfach vor, daß die Unternehmervertreter auf die freiwillige Ueberstundenleistung der Arbeiterhaft hinweisen. Wie diese Ueberstundenleistung unter der Arbeiterhaft graziert, darüber konnte der Redakteur des Porzellanarbeiter-Verbandes, Genosse Nenninger, auf einer längeren Agitationsreise interessante Feststellungen machen. Genosse Nenninger schreibt u. a.: In einem Betriebe leiteten die Brennhausabteilungen gern Sonnensarbeit, weil sie 50 Prozent Zuschlag bekamen. Der Unternehmer zahlte diese mit Schmunzeln, weil ihm die Billigkeit seiner Brenner nicht nur Betriebsnutzen brachte, sondern weil ihm die Arbeiter und Arbeiterinnen so hebenloslos das Material liefern, das er bei ausschlaggebenden Gelegenheiten brauchte, um den Beweis zu erbringen, daß nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern die Verbandsleitung den Achtstundentag verlange. In einigen Betrieben der Porzellanindustrie konnten sogar wöchentliche Arbeitsleistungen von 120 Stunden festgesetzt werden. Daß dies hauptsächlich in nichtorganisierten Betrieben der Fall ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Es wäre an der Zeit, daß die Arbeiter in allen Industrien mehr Disziplin übten und sich nicht zur Ueberstundenleistung im Uebermaß gebrauchen lassen, denn sie schaden sich nur selbst.

Veränderungen des Arbeitslosenlohnes. Von der verschiedenartigen Gestaltung des Arbeitsmarktes hängt in großem Maße die Regelung der Arbeitslosenfürsorge ab. In Oesterreich, wo die Arbeitslosigkeit, trotz der schwachen Abnahme in der letzten Zeit, am drohendsten ist, wurde unlängst die Arbeitslosenunterstützung erhöht. In Ländern mit drückender Arbeitslosigkeit, in England und in Deutschland, steht die Reform der Arbeitslosenunterstützung auf der Tagesordnung. Wo die Arbeitslosigkeit in besonders hohem Maße abgestaut ist, wie in der Tschechoslowakei und in der Schweiz, wird die Arbeitslosenfürsorge abgebaut. Es ist bemerkenswert, daß die Tschechoslowakei ebenso wie die Schweiz, sich vom System der allgemeinen Arbeitslosenunterstützung abgemeldet und das System der Subventionen, das Genter System, angenommen haben. Der Unterschied in den Machtverhältnissen der Arbeiterhaft beeinflusste die verschiedenartige Form des Abbaues, den Unterschied im Ausbau des Genter Systems in den beiden Ländern. Während in der Schweiz die Bundesbeiträge den öffentlichen und privaten Arbeitslosenklassen gewährt werden und der Staatsbeitrag für die Genossenschaftskassen geringer ist als für die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam verwalteten Kassen, sind in der Tschechoslowakei die Gewerkschaften die alleinigen Organe der Arbeitslosenunterstützung. Natürlich ist die Voraussetzung des Erfolges des Genter Systems, wie es auch die Begründung des tschechoslowakischen Gesetzes betont, die Wiederkehr der „normalen wirtschaftlichen Verhältnisse“. Ob diese Voraussetzung bereits gegeben ist, ob die Gewerkschaften, deren Fonds während der wirtschaftlichen Krisen sehr in Anspruch genommen wurden, imstande sein werden, aus eigenen Mitteln Entsprichendes zu leisten, wird auch in der Tschechoslowakei bestritten. Besonders die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind es, die gegenüber der Einführung des Genter Systems die Notwendigkeit der obligatorischen Arbeitslosenversicherung betonen.

Löhne und Kapitalbildung. Der Hauptausschuß der deutschen Arbeitgeberverbände wendet sich in seiner Rundgebung gegen Lohn-erhöhungen, welche die für die Volkswirtschaft notwendige Kapitalbildung unterbinden würden. Es ist für uns selbstverständlich, daß sich die Arbeitgeberverbände die Benützung des Schlagwortes „Kapitalbildung“ nicht entgehen lassen. Sind wir doch schon seit Monat und Tag daran gewöhnt, daß niedrige Löhne, hohe Verbrauchs- und Lohnsteuern, niedrige Besitzsteuern, hohe Mieten und was nicht alles sonst in der Welt mit dieser Forderung begründet werden. Die Erkenntnis aber, daß dieser Weg der Kapitalbildung ein verderblicher ist, fängt an, auch in anderen als Arbeitnehmerkreisen sich Bahn zu brechen. So verdienen die Ausführungen der Zeitschrift „Der Kaufmann in Wirtschaft und Recht“ mitgeteilt zu werden. Es heißt dort: „Selbstverständlich kehrt in der Rundgebung der Arbeitgeberverbände auch die Behauptung wieder, daß in Deutschland das Betriebskapital durch Sparfameit im Konsum, das heißt durch niedrige Löhne neugebildet werden müsse. Rein wirtschaftlich betrachtet ist es falsch, daß dies der einzige Weg zur Kapitalbildung sei. Die volkswirtschaftliche Kapitalbildung ist auch auf breiterer Basis möglich und dann allerdings nur bei hohen Löhnen. Daß es aus sozialen und politischen Gründen bedenklich ist, wenn das neu sich bildende Kapital sich nur in wenigen Händen ansammelt, braucht man eigentlich nicht noch einmal zu betonen.“ Und weiter: „Wir glauben es den Arbeitgebern gern, daß ihr Leben geruhiger und behaglicher wäre, wenn der Kampf um eine Erhöhung des Lohnniveaus aufhörte. Aber wir können ihnen nicht helfen; die Löhne müssen in Deutschland nicht nur aus sozialen Gründen höher werden, es erscheint uns auch für die gesamte Volkswirtschaft nützlich, wenn der von den Arbeitnehmern ausgehende Druck das deutsche Unternehmertum vor dem Einschließen bewahrt und zu immer neuer Energieentfaltung auf dem Gebiet der Taktik und Organisation anspornt.“

Landwirte für den Kaniz-Antrag an Stelle von Getreidezöllen. Die Organisationen der Landwirtschaft verlangen feste Agrarzölle. In dessen gibt es Landwirte, die, weil sie die Durchsetzung der Agrarzölle im Reichstag nicht erwarten, andre Methoden zur Erhöhung der Getreidepreise befürworten, einige von ihnen die geltenden Getreidezölle, deren Höhe sich immer nach den jeweiligen Weltmarktpreisen richtet und mit deren Sinken erhöht, beziehungsweise mit deren Steigen erniedrigt wird. Andre, unter ihnen der bekannte gewesene Ernährungskommissar v. Batocki, sprechen der Rückkehr zum ehemaligen Kaniz-Antrag das Wort. Mit Rücksicht auf diese Bestrebungen soll hier mitgeteilt werden, wie sich nach der Darstellung Batockis die Einführung der Getreide auf Grund dieses Planes gestalten würde. Der Import wäre im wesentlichen auf künftigen dem Handel überlassen. Zölle würden nicht erhoben. Der Importeur wäre zu verpflichten, die eingeführte Ware der Reichsstelle für Einfuhrgetreide zu einem sich aus der Weltmarktlage ergebenden, ihm einen angemessenen Nutzen lassenden Preis anzubieten. Die Reichsstelle würde nur soviel selbst erwerben, als

zu zur Schaffung einer im Bedarfsfälle preisausgleichend wirkende Reserve gebraucht. Im übrigen würde der Verkauf dem Importeur überlassen, von dessen Käufern aber eine Gebühr in solcher Höhe gefordert würde, daß sich daraus ein angemessener, möglichst lange gleichbleibender und nur bei wesentlichen dauernden Veränderungen der Preislage auf dem Weltmarkt abzuändernder Inlandspreis ergäbe. Auch die von der Reichsstelle erworbene Reserve würde normalerweise zu einem entsprechend erhöhten Preise verkauft werden. In normalen Fällen würde also die Reichsstelle etwa dieselben Einnahmen wie aus entsprechenden festen Einfuhrzöllen haben. Auf diese Weise sollen starke Preisschwankungen ausgeschlossen werden. Ohne an dieser Stelle in eine Kritik des Kaniz-Antrags einzutreten, können wir feststellen, daß diese Methode der Einfuhrregelung, wenn sie auch starren Schutzzöllen vorzuziehen ist, die Nachteile des Getreideeinfuhrmonopols ohne dessen Vorteile besitzt, und der einseitigen Bevorzugung der Landwirte bei der Bemessung des Preisausschlags Tür und Tor öffnet.

Schwangerschaftsunterbrechung und Bevölkerungspolitik. Die Fruchtabtreibung ist nur ein polizeilich und gerichtlich faßbares Moment des Geburtenrückgangs. Der Geburtenrückgang, die gesellschaftliche Massenzerstörung der Geburtenvermehrung würde auch fortbauern, wenn es gelänge, jede Fruchtabtreibung unmöglich zu machen. Die Zahl der abgetriebenen Früchte stellt doch nur einen kleinen Bruchteil der Zahl der abgetriebenen nicht Gezeugten dar. Trotzdem bildet die Schwangerschaftsunterbrechung ein schweres Problem. Bumm schätzt die Zahl der Abtreibungen in Deutschland auf 300 000 jährlich, die Zahl der Frauen, die an den Folgen erkranken, auf 75 000, die daran zugrundegehen auf 7500. Diese Massenleide, der jährlich hundert Frauen zum Opfer fallen, ist der Beachtung wert. Und die Opfer sind in zunehmendem Maße Familienmütter mit mehreren Kindern, Arbeiterfrauen, die sich ihrer Leibesfrucht entschließen wollen. Das Problem der Schwangerschaftsunterbrechung ist stark umstritten. Rudolf Goldscheid ist für die völlige Freigabe der Unterbrechung der Schwangerschaft. Die Wiener sozialistischen Ärzte, so Professor Landler und Dr. Kautsky, erkennen das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Sachen der Schwangerschaftsunterbrechung nicht an. Dr. Karl Kautsky jun. führt in der „Gesellschaft“ aus, daß die tägliche Praxis der Frauenärzte gegen die Harmlosigkeit des Eingriffes der Schwangerschaftsunterbrechung, auch der kunstgerecht durchgeführten spricht. Wenn ein Arzt den Eingriff durchführt, bleiben die schweren Wunden, Blutergüsse usw. aus, aber die chronisch verlaufenden Frauenleiden sind sehr oft auch dann zu beobachten, wenn der Abortus von einem Arzt ausgeführt worden ist. Es hieße der Gesellschaft zu viel Verantwortung abnehmen, wollten wir die Frucht- abtreibung zur Privatangelegenheit eines einzelnen erklären. Kautsky befürwortet für die ärztliche, soziale und eugeneitische Begutachtung die Errichtung einer öffentlichen Anstalt, die mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet gleichzeitig die Möglichkeit hat, alles, was zum Schutze der Schwangeren und der Frucht notwendig ist, praktisch durchzuführen, wie etwa Arbeits- und Wohnungsbeschaffung, Durchführung ärztlicher Behandlung usw. Kommt die Fürsorge innerhalb kürzester Frist nicht zum Ziele, so ist bei Befehlen des Reichsanwalts die Schwangerschaft in einem öffentlichen Spital zu unterbrechen. Der russische Volkskommissar für Gesundheitswesen, Semajstok, nimmt in der „Neuen Generation“ einen ähnlichen Standpunkt ein. Die Sowjetregierung hat nach Semajstok die Frage des Abortus aus der Sphäre des Heimlichen und Verbotenen herausgehoben und sie in organisierte Bahnen zu leiten versucht. Nachdem vorher die Abtreibung freigegeben war, hängt jetzt in Rußland die Barmahme des Eingriffes von speziellen Frauenausschüssen, die erst im Laufe der letzten Jahre eingeführt worden sind, ab.

Jakob Michael auf Reisen. Bei der Barmataffäre wurde der Michaelkonzern mehrfach genannt. War doch bekannt geworden, daß auch Michael große Kredite von der Seehandlung und der Post in Anspruch genommen hatte. Jedoch wurde der Gedanke, als ob der Konzern um Jakob Michael irgendwie an der Zurückzahlung der Kredite behindert sei, energisch zurückgewiesen. Bekanntlich ist der Michaelkonzern ein reines Kredits- und Inflationsgebilde. Michael selbst ist ein Mann von wenig über 30 Jahren, der als blutjunger Mensch das Rennen zu machen verstand. Er wurde bereits im Kriege ein reicher Mann, wo er aus Schlachtenrückständen Wolframerz zu gewinnen verstand. Während der Inflationszeit stand sein Stern im Zenith, und in der Stabilisierungsmethode verdiente er noch mehr. Neben Werken der metallurgischen und chemischen Industrie gehören Herrn Michael Terraingesellschaften, Versicherungsunternehmungen und vor allem große und leistungsfähige Banken. Doch seit Monaten ruht der sonst so rastlos vorwärtsdrängende Expansionsgeist. Es ist nichts mehr hinzugekommen, im Gegenteil, man begann zu realisieren, hier und da wird sogar abgebaut. Verdächtig ist es, daß, seitdem die Michaelgruppe in Verbindung mit den Kreditinstituten genannt wurde, Herr Jakob Michael sich nur wenig in Deutschland aufhielt. Er war lange Zeit in der Schweiz und jetzt spricht man davon, daß er in Paris sei und das Schwergewicht seines Konzerns nach Frankreich zu legen beschloßen habe. Diese Nachricht wurde dementiert, aber immerhin scheint es im Gebälk des Michaelkonzerns bedächtig zu knistern. Der junge Mann beläßt ja bereits Unternehmungen in Oesterreich, in der Tschechoslowakei, der Schweiz und wer weiß wo sonst noch. Es würde allen die Krone aufsetzen, wenn Leute wie Michael, die noch bei keinem größeren Reichtumsmaße der vergangenen zehn Jahre gefehlt haben und Sachwerte in unabherrbarer Fülle an sich zu ziehen vermochten, plötzlich den Staub ihres Vaterlandes von ihren Schuhen schütteln, um den Raub anderswo gemüthlich verzehren zu können. Michael soll zu den reichsten Leuten in Deutschland zählen. Und dies obwohl er mit nichts angefangen und das Schwabenalter noch lange nicht erreicht hat. Was brachte doch der Krieg manchen Leuten für Glück.

Stinnes im internationalen Rüstungsgeschäft. Auf Moss und Fur, zwei dänischen Inseln im Einfjord haben eine englische und eine deutsche Firma allen Lehm Boden, der dort aus Distomeernde besteht (das sind vertiefte Ugen der Tertiarzeit), aufgedaut und zwar zu phantastischen Preisen. Während 80 Tönder (ein dänisches Bodenmaß) auf den Inseln bisher, weil unfruchtbarer Boden, 80 000 Kronen kosteten, haben die Firmen 4000 bis 5000 Kronen per Tönder bezahlt. Wie es heißt, geschieht die Ausbeute der Erde zur Herstellung von Isolationsstoff für Gasmasken, wenigstens behauptet das die dänische Presse, und stützt diese Behauptung neben „Information aus zuverlässiger Quelle“ auf die Tatsache, daß die englische Firma eine bekannte Waffenfabrik ist. Die deutsche Firma ist die Stinnesgesellschaft Deutsch-Luxemburg.

Deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit. Das Monopol des deutschen Kaliumsalzes auf dem Weltmarkt war gebrochen, als die 17 in Elsaß-Lothringen gelegenen Schächte infolge des Friedensvertrages vom deutschen Kaliumsalz abgetrennt wurden. Die Unter- stützung der französischen Regierung, die für das Ausfuhrgeschäft Subventionen gewährte, machten diese der deutschen Kaliumindustrie schwere Konkurrenz. So gelang es ihnen, in das amerikanische Geschäft hineinzukommen. Wie es so zu gehen pflegt, suchte man nach einer Verständigung, als man sich genügend bekämpft hatte. In langen Verhandlungen einigte man sich auf die gemeinsame Bearbeitung des amerikanischen Marktes. Der elfässischen Kaliumindustrie wurde eine Quote von 35 Prozent zugestanden. Neuerdings fanden weitere Verhandlungen statt, wo den deutschen Kaliumwerken das Recht der Befreiung der französischen Landwirtschaft zugesprochen wurde, soweit die Elsaßer nicht dazu in der Lage sind. Diesen in Paris getroffenen Abmachungen sind weitere gefolgt. Die Märkte der Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn und dem Balkan sollen ebenfalls gemeinsam von der deutschen und französischen Kaliumindustrie beliefert werden. Das Kapital in der Kaliumindustrie hat sich rasch wieder zusammengefunden. Aller Groß und alles Gerede vom Erbfeind ist vergessen, wenn es gilt, gemeinsame Geschäfte zu machen. Wenn auch das Monopol des deutschen Kaliumsalzes noch nicht wieder vollständig hergestellt ist, so ist man doch auf dem besten Wege, einen vollwertigen Erfolg zu schaffen. Doch will man hierbei nicht stehen bleiben, sondern in Holland eine Art internationales Syndikat errichten.